Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchtenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leuchtenfeldstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig | Halle, Dienstag, den 27. Dezember 1932 | 12. Jahrgang, Nr. 299

Der Kommunismus ruft die Jugend!

Hindenburgs „Notwerk der deutschen Jugend", eine neue Form von Zwangsarbeit und Arbeitsdienstpflicht / Arbeiterjugend, entscheide: Bettelsuppen in faschistischem Drill oder Arbeit, Brot und Freiheit im sozialistischen Deutschland!

Polizeischüsse übertönen die Weihnachtsglocken

Am Weihnachtsabend erließ Hindenburg einen Aufruf: „Notwerk der deutschen Jugend". Dieser Aufruf soll den Anschein erwecken, als ob den hungernden Jugendlichen wirklich geholfen wird. Wer jedoch den Aufruf aufmerksam liest, muß sofort das Gegenteil feststellen. Dieses „Notwerk" soll, was man schon lange plante, die arbeitende Jugend dem Einfluß ihrer revolutionären Klassengenossen an der Stempelstelle und auf der Straße entziehen und sie „zu ernsthafter beruflicher Bildungsarbeit und zu „sinnvoller geistiger und körperlicher Betätigung" zusammenfassen. „Es soll ihr in Verbindung damit täglich eine warme warme Mahlzeit sichern."

Man erfährt dann dazu noch, daß die Ausführung dieses „Notwerkes" durch „Einrichtungen" und „freiwillige Kameradschaften" junge Arbeitslose im Alter bis zu 25 Jahren „außer zu einer Mahlzeit durchschnittlich mindestens vier Stunden am Tage zusammenhalten" soll. „Die Beihilfen sind so berechnet werden, daß je nach den örtlichen Verhältnissen **höchstens 15 bis 25 Pfennig für jeden Teilnehmer** [illegible] werden."

Arbeit und Brot ist das nicht. Es ist eine besondere Form der Zwangsarbeit und der Arbeitsdienstpflicht, die großmit einem Teller Suppe bezahlt wird.

Es ist von größter Bedeutung, den jungen Arbeitern, die jetzt unter dem militaristischen Drills und faschistischer Erziehung in Form zur Zwangsarbeit zusammengefaßt werden, zu zeigen, daß wirkliche Ausweg zu Arbeit und Brot ist. Der Kommunismus ruft die Arbeiterjugend und er allein zeigt ihr diesen Ausweg. Nur der Kommunismus, der Kampf mit dem Kommunistischen Jugendverband und der Kommunistischen Partei bringt der Arbeiterjugend mehr als Bettelsuppen, sichert ihr Arbeit, Brot und Freiheit, wirkliche Zukunft in einem sozialistischen Deutschland.

Das „Notwerk für die Jugend" in der Praxis erlebte man am Sonnabend in Berlin, wo zum „Heiligen Abend" Hunderte von hungernden und frierenden Jugendlichen, die zum Teil ohne Obdach sind, in einzelnen Straßen zusammenströmten, um Arbeit, Brot, Wohnung und Kleidung zu verlangen. Die Polizei, die besonderen „Weihnachtsalarm" hatte, ging überall mit dem Gummiknüppel vor und

schoß an zwei Stellen scharf

auf die Jugendlichen.

Im Südosten bewegte sich eine Erwerbslosendemonstration durch die Dresdner Straße. Die Polizei rückte mit vier Ueberfallwagen an und gab einige scharfe Schüsse ab.

Ueber 200 Jugendliche zogen unter dem Gesang von Kampfliedern die Danziger Straße herunter bis zur Lychener Straße.

Im Neukölner Barrikadenviertel wurden an mehreren Straßenecken rote Magnesiafeuer abgebrannt. Sprechchöre forderten zum Kampf für Winterhilfe und Unterstützungserhöhung auf.

Ueber 300 Personendemonstrierten gegen 6 Uhr den Kurfürstendamm entlang bis zur Gedächtniskirche. Mit entsicherten Revolvern löste die Polizei die Demonstration auf.

Am Bahnhof Steglitz, wo sich ebenfalls eine Erwerbslosendemonstration gebildet hatte, schoß die Polizei sofort scharf und verletzte den Oberpostsekretär Bähr schwer durch einen Oberschenkelschuß.

Großes Aufsehen erregte eine Kundgebung der Jungarbeiter vor dem Fabrikgebäude von Ehrlich & Graetz. Ein Jungarbeiter hielt von dem Dach des Fabrikgebäudes herab eine Ansprache.

Im Laufe der beiden Feiertage sind in Berlin Polizei und Feuerwehr insgesamt vierzehnmal alarmiert worden, um bei Selbstmordversuchen einzugreifen.

Genosse Schehr frei

Kämpft weiter um die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. Dezember.

Unser Genosse John Schehr ist frei! Das ist ein Erfolg des Massenprotestes der Arbeiterschaft gegen die Polizeiaktion, die Schleicher durch die Verhaftung des Genossen Schehr gegen unser ZK führte. Jetzt gilt es mit aller Kraft dafür zu kämpfen, daß alle proletarisch-politischen Gefangenen die Freiheit erhalten. Jetzt heißt es aber auch, daß sich die Massen des werktätigen Volkes noch fester und noch entschlossener um ihre Partei, die KPD, scharen zur entschlossenen Abwehr gegen jegliche Anschläge.

Nazi-Fememord

Oppositioneller SA-Mann umgelegt

Ein neuer nationalsozialistischer Fememord wurde am zweiten Weihnachtsfeiertag in Dresden endgültig aufgedeckt. Aus dem Stausee der Talsperre Maltern, dessen Wasserspiegel sich in den letzten Tagen stark gesenkt hatte, kam die Leiche des seit November verschwundenen SA-Mannes Haenßch zum Vorschein. Sie war in Säckegebunden und mit schweren Steinen beschwert.

Die Untersuchung zeigte, daß Haenßch durch einen Schuß in die Brust getötet worden ist.

Damit hat sich das bestätigt, was die kommunistische Presse von vornherein feststellte:

Haenßch, der oppositionell eingestellt war, wurde im Auftrage der Nazi-Führung beseitigt, weil man von ihm Enthüllungen befürchtete.

Die Polizei aber versuchte, den Fall zu bagatellisieren und als „harmlos" hinzustellen. Sie ließ die Täter entwischen, bis jetzt die Feststellungen der kommunistischen Presse durch den Leichenfund offensichtlich bestätigt werden.

Mobilmachung in Mansfeld

Millionengeschenke für die Direktoren — Lohnabbau für die Kumpels — Wehrt euch!

Eisleben, 26. Dezember 1932.

Es ist ein Hungerweihnachten im Mansfelder Land vorüber. Grenzenloser Erbitterung sind mit **Wochenlöhnen von 4.—, 7.—, und 12.— Mark tausende Mansfeld-Kumpels an diesem Weihnachtsabend nach Hause gegangen.**

Gleichzeitig wurde im Reichsgesetzblatt eine Verordnung veröffentlicht, nach der die Reichsregierung ermächtigt wird, **der Mansfeld-A.-G. für die Zeit vom 1. Januar 1933 bis 31. März 1934 zu zwei Millionen Mark und vom April 1933 bis zum 31. März 1934 bis zu acht Millionen Mark zu bewilligen. Es ist bekannt, daß die Beratungen darüber weitergehen. Die „Sparmaßnahmen" usw., die Betriebe „rentabler" gemacht werden können, d. h. man beabsichtigt weiteren Lohnabbau.**

Es sind die Reformisten am Wert, den Mansfeld-Gewaltmenschen neuen Lohnabbau-Manövern zu helfen, sagte doch der Betriebsleiter des MAW, Reddigau, dazu bereits in der Funkansprache am 11. Dezember in Helbra:

„Es steht für uns die Hoffnung, daß die Mansfeld-Betriebe weiterhin gesichert werden. Die Regierung verlangt von Mansfeld (Kumpels natürlich. Die Red.) neue Opfer und wird Konventionen bewilligen. Es ist zu erwarten, daß man an Betriebsrätschaften mit neuen Lohnabbauforderungen herantritt. Wir müssen uns dagegen wehren und nicht einen Pfennig Lohnabbau [illegible] (wie 1930. Die Red.). Die Kommunisten und die [illegible] den Streik. Einen größeren Gefallen könnten wir der [illegible] nicht tun. Ein Streik ist sinnlos. Wir werden bei [illegible] Konjunktur das Verlorene wieder zurückholen."

Die Sprache der Klassenverräter, die 1930 im Mansfeld-Arbeiter von der Polizei in die Betriebe prügeln ließen [illegible] wieder den Streik auf der Grube Alt-Scherben ab.

Die Direktion der Kollnauer Spinnerei und Weberei Baden wollte einen rigorosen Lohnabbau durchführen. Die streikentschlossene Haltung der Belegschaft veranlaßte die Direktion, den Lohnabbauanschlag zurückzunehmen.

In Braunschweig wurde der Streik der Sattler und Tapezierer der Polstermöbelfabrik Koch mit vollem Erfolg beendet. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden.

Mansfeld-Kumpels, alarmiert die Betriebe, seid auf dem [illegible] Delegierte in jeder Abteilung, in jeder Kamerad-

*

Donnerstag erscheint der „Klassenkampf" als Extrausgabe für das Mansfelder Hungerland mit zahlreichen Reportagen und Betriebsberichten. Jede Zeitung ein Mobilmachung im Kampf gegen Hunger und Lohnraub. Organisiert den Vertrieb! Bis jetzt bereits über 2000 Bestellungen zum Vertrieb.

Aeltestenrat erst 4. Januar

Nazi-Goering verschleppt weiter

(Eig. Drahtm.) Berlin, 27. Dezember.

Der Aeltestenrat des Reichstages wird nun erst am 4. Januar zusammentreten. Reichstagspräsident Goering, der im Interesse seiner Partei den Termin der Reichstagssitzung möglichst weit hinausschieben will, versucht damit eine weitere Verschleppung der kommunistischen Anträge gegen die Schleicher-Regierung.

„Erst der alte Lohn, dann Einfahrt!"

Ruhr-Kumpels fordern Rückgängigmachung des Papen-Lohnabbaues

Am 22. Dezember fand eine vom roten Einheitsverband einberufene Konferenz aller Schachtgruppenleiter des EVBD von denjenigen 16 Ruhrschächten statt, auf denen es den Ruhrkapitalisten gelungen ist, auf Grund der Papen-Notverordnung einen Lohnabbau durchzuführen. Die Schachtgruppenleiter wenden sich mit einem Aufruf an die Belegschaften ihrer Schächte und darüber hinaus an alle Bergarbeiter, jetzt den **Kampf um die Zurückeroberung der alten Löhne aufzunehmen.** In dem Aufruf heißt es:

Am 1. Januar 1933 muß auf den von der Papen-Abbauverordnung betroffenen Schächten die Lohnordnung wieder in Kraft gesetzt werden.

Rote Betriebsräte verlangt die Einberufung von Betriebsratssitzungen! Stellt euch an die Spitze der Belegschaften zum Kampf für diese Forderungen.

Belegschaften! Fordert Belegschaftsversammlungen! Rüstet, um im Falle der Nichtzahlung der alten Löhne durch Nichtanfahrt Anfang Januar eure Forderungen durchzusetzen! Erst den alten Lohn, dann Anfahrt, das muß die Forderung jeder Belegschaft sein. Wählt in allen Kameradschaften eure Vertrauensleute!

Organisiert auf allen Schächten den Kampf zur Sicherung des Hauer-Durchschnittslohnes! Jede Kameradschaft wählt sofort ihre Gedingekommission! Erkämpft in allen Revieren und Betriebspunkten die Verbesserung der Gedingesätze! Jeder neue Lohnraubvorstoß muß an dem geschlossenen Widerstand der Belegschaften zerschellen.

Grubenexplosion — 52 Tote

Neuyork, 26. Dezember.

Auf der 300-Meter-Sohle des Kohlenbergwerkes Moleq im Staate Illinois ereignete sich am Sonnabend eine Explosion, durch die 52 Bergleute verschüttet wurden. Es entwickelten sich giftige Gase, die sich fast über das ganze Bergwerk verbreiteten und die Rettungsarbeiten außerordentlich erschwerten. In den Stollen spielten sich furchtbare Schreckensszenen ab.

Bisher konnten 39 Leichen geborgen werden. Es gilt jedoch als ziemlich sicher, daß auch die übrigen Bergleute durch einstürzende Gesteinsmassen oder durch die giftigen Gase den Tod gefunden haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0001

Nazi-Straßer besucht Leiparts ADGB-Schule

Das „Volksblatt" auf Goebbels' Spuren — Neuer verschärfter Konflikt zwischen dem Reichsbanner und dem SPD-Vorstand

Die Gewerkschaftskollegen, die bis jetzt noch nicht glauben konnten, wie weit die Annäherung zwischen den ADGB-Führern und den Naziführern bereits gediehen ist, können in Nr. 51 der „Gastwirtsgehilfenzeitung", dem Organ des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten, vom 15. Dezember 1932, interessante Aufschlüsse bekommen. Dort wird nicht mehr und nicht weniger mitgeteilt, als daß der Nazihgeordnete Straßer mit ausdrücklicher Genehmigung des ADGB-Vorstandes die Bundesschule in Bernau — wo es wirklich nichts zu verheimlichen gibt — zu besichtigen, ist eine unserer neuesten Verräterei**en.**"

Der Besuch des Naziführers Straßer in der ADGB-Schule erfolgte zur selben Zeit, wo die Nazis in zahlreichen Orten Deutschlands den Sturm auf die Gewerkschaftshäuser organisierten. Die Gewerkschaftsmitglieder verteidigten auf der Straße ihr Eigentum gegen plündernde Nazibanden. Die Gewerkschaftsführer sagten den Gewerkschaftskollegen: „Bleibt zu Hause, wenn die Nazis aufmarschieren", und gleichzeitig luden sie die Organisatoren des faschistischen Terrors zur Besichtigung von Gewerkschaftseinrichtungen ein.

Es ist kein Wunder, wenn die „Gastwirtsgehilfenzeitung" in derselben Nummer Straßer und Frick als die „wenigen Realpolitiker, die wirklich praktisch etwas erreichen wollen," bezeichnet.

Mit vollen Segeln schwenken die Gewerkschaftsführer in die „dritte Front" Schleichers ein, in jene Front, die von den Nazi**führern über Stegerwald bis zu den ADGB-Führern** geht. **Gewerkschaftskollegen, wollt ihr zusehen, wie die ADGB-Führer die Auslieferung der von euch aufgebauten Gewerkschaftsorganisationen an den Faschismus betreiben? Verschärft den Kampf gegen Leipart und seine Verbündeten in den Gewerkschaftsvorständen!**

Bereitet überall die Ortsverwaltungswahlen vor und besetzt alle Funktionen mit Kollegen, die den Kampf gegen den Leipart-Schleicher-Straßer-Kurs im ADGB mit allen Konsequenzen aufnehmen!

Der Führerkrach bei Nazis und SPD

Das „Volksblatt" über Leipart:

„Ein einzelner Parteigenosse"

Es steht fest, daß nicht nur bei den Nazis der Führerkrach als Zeichen der inneren Differenzen und Zersetzungserscheinungen weiter wächst und schärfere Formen annimmt, sondern auch bei der SPD. Der „Klassenkampf" hat schon früher angedeutet, daß infolge der schwierigen Aufgaben, die der Sozialfaschismus gerade jetzt bei der Durchführung der Politik des Massenbetrugs bekam, immer größere Differenzen in den Reihen der reformistischen Führer über die zweckmäßigsten Methoden bei der Durchführung dieser Politik entstehen. Diese Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßigsten Formen des Massenbetrugs kommen vor allem zum Ausdruck in den Differenzen zwischen Leipart (ADGB) und dem SPD-Vorstand, zwischen Höltermann (Reichsbannerführung) und SPD-Vorstand. In den ersten Stunden des Führerkrachs bei den Nazis schrieb der „Angriff" des Herrn Goebbels, daß es für die NSDAP ohne Bedeutung sei „ob ein Gregor Straßer" die Partei verlasse oder nicht. Diese wegwerfende Aeußerung wurde allgemein als Zeichen der Verschärfung des Konfliktes Straßer—Hitler angesehen. Das „Volksblatt" veröffentlichte nun am Sonnabend, dem 24. Dezember, einen offiziellen Maternartikel, der natürlich auch in den Ablegern des „Volksblatt" im Bezirk erscheint. Darin wird gegenüber Leipart derselbe Ton angeschlagen wie ihn Goebbels gegen Straßer anwandte. Es heißt da im „Volksblatt" nach der Behauptung, daß die SPD unentwegt „Opposition" mache:

„Diesen feststehenden Tatsachen gegenüber bleiben mißverständliche oder falsch ausgelegte Aeußerungen **eines einzelnen Parteigenossen belanglos."**

Allg: Der Vorsitzende des ADGB, der Lenker eines von den drei Pfeilen der „Eisernen Front", das prominente Mitglied des Hauptvorstandes der SPD und der Reichstagsfraktion, Theodor Leipart, ist ein „einzelner", „belangloser" — Parteigenosse. Nachdem die sozialdemokratischen Arbeiter Alarm geschlagen haben wegen seinem offenen Schleicher-Kurs schreibt die SPD-Presse und das „Volksblatt": „Blinder Alarm" und desavouiert Leipart.

Das besagt natürlich nicht, daß die SPD-Führung eine wirkliche Opposition gegen Schleicher machen will. Sie ist nur der Meinung, daß die Tolerierung Schleichers weniger offen und in geschickterer Form, als das Leipart verlangt, durchgeführt werden muß.

Höltermann verspottet „Rauschebärte"

Diese Meinung brachte ja auch den Konflikt in der Reichsbannerführung, auf den wir früher schon aufmerksam machten. Wie weit der schon gediehen ist, zeigt die letzte Nummer der „Wochenzeitung der Eisernen Front", „Das Reichsbanner" (24. Dez. 1932). Dort schreibt Höltermann, der einst vom Parteivorstand gegen Hörsing eingesetzte Reichsbannergeneral, gegen den Parteivorstand, gegen die Weis und Hilferding:

„. . . die „guten Freunde" des Reichsbanners ruhen und regen sich, sie streichen die Bärte und nuscheln und tuscheln, es sei höchste Zeit, uns den „militaristischen Geist" auszutreiben. Wir kennen das Lied, wir kennen den Text, wir kennen auch die Verfasser."

Er erklärt zwar formell, daß er unter allen Umständen eine „Spaltung der republikanischen Front" vermeiden will und deshalb sich formell allen Beschlüssen des Parteivorstandes unterwirft: „Wehrlosigkeit unter Ausnützung aller sich bietenden Gelegenheiten. — Wenn nicht mit, dann ohne Kuratorium!"

Man hört aus seinen Worten heraus: **Wir machen doch, was wir wollen!**

Auch das kennzeichnet die Lage in SPD., ADGB. und Reichsbannerführung.

Hitlers Vertrauter „armseliger Zuhälter"

Enthüllungen aus dem Nazilager über Straßers Nachfolger Dr. Ley

Zu dem oben Mitgeteilten kommen neue Enthüllungen der von den Nazis abgesplitterten Gruppen und Gruppchen, die allerlei Liebliches zuutge fördern und den Krach Hitler—Straßer bengalisch beleuchten.

Hitler hat bekanntlich zum Nachfolger Straßers und damit zu seinem unmittelbaren Vertreter den Kölner Naziführer führen, dann würde das Geld eher gegeben werden. Der deutsche Weg", das Organ der vor kurzem aus der Nazipartei entlaufenen Klute-Gruppe, geradezu haarsträubende Dinge mitzuteilen.

„Dr. Ley, eine kriminelle Erscheinung",

so lautet der Titel der Enthüllungen. In dem Artikel selbst heißt es wörtlich:

„Leys beste Freunde, auch seine Arbeitskollegen, verdächtigte er mit allem Möglichen, um sie aus der Partei herauszudrängen und sich nach vorn schieben zu können. Es war schon im Jahr 1925 so weit, daß die besten Mitarbeiter der Partei in Köln-Aachen und Koblenz-Trier austraten, weil die „Ehrlichkeit" Leys ein weiteres Mitarbeiten mit ihm nicht mehr möglich machten. Um ihn herum gruppierten sich nur die heute durch Immunität geschützten Lumpen und Betrüger, welche wieder durch ihn protektioniert und geschützt wurden, und heute noch werden.

Bereits im Jahre 1927 wurde Ley von einem Parteigenossen für seine Gemeinheiten auf offener Straße mit einer Hundepeitsche gezüchtigt.

Ley läßt sich selbst gern als Opfer für die Bewegung feiern, indem er ausstreuen läßt, er hätte seine Stellung bei der IG-Farben für seine Partei verloren. In Wirklichkeit ist es aber so, daß er, kurz bevor er 1928 in den Landtag gewählt wurde, mit seiner Firma einen Vertrag abschloß, wonach er drei Jahre lang jeden Monat ein Gehalt von 850 Mark bekam, wofür er keinerlei Gegendienste zu leisten brauchte. Außer diesem Gehalt erhielt er halbjährlich eine Vergütung von 1800 bis 2000 Mark. So sieht in Wirklichkeit der Märtyrer Ley aus."

Weiter heißt es in dem Artikel des Klute-Blattes, daß Ley durch seine

ständige Betrunkenheit

in ganz Köln bekannt war, wegen seiner schmierigen Geldgeschäfte seien Hunderte von Beschwerdebriefen nach dem Münchener Braunen Haus geschickt worden, freilich ohne jeden Erfolg; denn Ley war schließlich ein Liebling Hitlers. Er verübte auch regelrechte Erpressungen. So schickte er, wird im Klute-Blatt berichtet, einer ihm bekannten Kölner Familie sein Bild und gleichzeitig die Aufforderung, seinem „Westdeutschen Beobachter" 2000 Mark zu „stiften". Vorher hatte er den Führer der Kölner Hitler-Jugend aufgefordert, die Ehefrau zu verführen, dann würde das Geld eher gegeben werden. Der Verfasser des Artikels im Klute-Blatt meint zum Schluß, Dr. Ley sei nichts anderes als ein „armseliger Zuhälter".

Kofs heraus! Wir frieren!

Die Hungerdemonstrationen in Deutschland gehen weiter

In Höchst a. M. erschienen vor dem Gaswerk Erwerbslose und verlangten durch eine von ihnen gewählte Delegation die Herausgabe von Kofs. Als der Direktor das ablehnte, demonstrierten die Erwerbslosen nach dem Wohlfahrtsamt, da ihnen der Direktor gesagt hatte, daß seitens des Gaswerkes bereits 200 Zentner Kofs für die Erwerbslosen gestiftet worden seien. Das Wohlfahrtsamt lehnte aber die Herausgabe von Kofs ab, daraufhin marschierten die Erwerbslosen zum Gaswerk zurück, öffneten die Tore, drangen ein, um sich den Kofs selbst zu holen. Ein Ueberfallkommando erschien, prügelte die Menge aus dem Hofe heraus. Ein Arbeiter und ein Arbeitermädel wurden verhaftet.

In Hechingen (Württemberg) kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen der Erwerbslosen mit dem Gemeinderat, der zu einer Gemeinderatssitzung zusammengetreten war. Die Wohlfahrts- und Krisenarbeiter befinden sich in einem eintägigen Proteststreik.

Warum Jordan verschwinden muß

Ein Briefwechsel war „undicht"

Halle, 27. Dezember.

Zu den besonderen Differenzen zwischen der mitteldeutschen Gauleitung der NSDAP und dem Braunen Haus in München werden jetzt noch interessante Einzelheiten bekannt. Es hat sich herausgestellt, daß der Krach zwischen Hitler und Straßer seinerzeit seine besondere Verschärfung dadurch erhielt, daß Goebbels durch Kauf in den Besitz eines Briefwechsels kam, der bei Gregor Straßer gestohlen worden war. Goebbels hat diesen Briefwechsel, um seine eigene Position zu stärken und um Straßer zu kompromittieren, sofort an Hitler ausgeliefert. **Unter diesen Briefen soll sich auch ein Brief der mitteldeutschen Gauleitung befunden haben, in dem diese gegen Hitler Stellung nahm und Gregor Straßer ihr unbegrenztes Vertrauen aussprach. Das ist der Grund, weshalb Jordan und Czarnowski nicht mehr sicher erscheinen und jetzt von einem Kommissar Hitlers überwacht werden, was jedoch offenbar nur das Vorspiel zu ihrer endgültigen Beseitigung ist.**

Blutiger Kampf im SA-Lokal

zwischen Anhängern Straßers und Hitlers

In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend kam es im Verlauf einer hitzigen Auseinandersetzung zwischen SS-Leuten, die Hitler schworen und SA-Leuten, die sich zu Straßer bekennen, dem nationalsozialistischen Verkehrslokal „Zur Anhalter Klause" am Anhalter Bahnhof zu einer blutigen Schlägerei, bei der geschossen wurde. SA-Leute wurden von Hitler-Anhängern aus dem Lokal geschlagen. Sie flüchteten und holten Polizei zur Hilfe. Der Polizeihauptmann ging in das Lokal, um die Namen der bewaffneten Hitler-Anhänger festzustellen. Diese leisteten Widerstand. Der SS-Trupparzt Dr. Dröpner zog seine Pistole gegen die Polizei. Die Polizei schoß dann ebenfalls, wobei der Trupparzt schwer verwundet wurde. Neben dem schwerverletzten SS-Gardisten Dr. Dröpner mußte auch ein Anhänger Straßers mit einem schweren Schädelbruch im Kampfe mit der SS erlitten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Es ist kein Zweifel, daß Hitler den Befehl gegeben hat, die oppositionellen SA-Leute mit allen Mitteln niederzuschlagen, gleichzeitig hetzen die Naziführer, um den Krach innerhalb der NSDAP abzulenken, die SA-Truppen gegen die Arbeiter zu verschärfter Terroraktionen.

Weitere „Ueberraschungen":

Ueberall gärt es

Daneben kennzeichnen noch eine ganze Anzahl bezeichnender Vorfälle die Lage in der NSDAP. Wegen der Fülle ist es unmöglich, in Stichworten darüber zu berichten:

In Regensburg mußte die Nazi-Zeitung „Das schwarze Volk" ihr Erscheinen einstellen. Massenaustritte, Riesenschulden haben zum großen Finanzkrach geführt. 30 000 Mark ungedeckte Verpflichtungen bleiben.

In Nürnberg ist eine sehr starke Rebellion in der SA. Staffel ist geschlossen ausgetreten. Eine Anzahl Mitglieder gingen zur KPD. Ein anderer Teil hat sich als „Oppositionsgruppe" getan. Sie gibt unter Führung des früheren Sektionsführers Sauer eine Wochenzeitung heraus, in der sie den Nürnberger Naziführern Betrug, Meineid, Urkundenfälschung usw. vorwirft.

Frick ließ als Vorsitzender der Nazifraktion im Reichstag der Presse eine Berichtigung zugehen gegenüber der Heulmeierei, die Hitler nach den Angaben der „Schwarzen Front" (Otto Straßers) zum besten gab. Die „Schwarze Front" erklärt dazu, sie verweigert die Aufnahme dieser Berichtigung, sie nachweislich unwahr ist. Sie wird im Gegenzug vier aufeinander folgenden Nummern eine wörtliche Wiederholung ihrer Darstellung aus Folge 45 bringen, um die Hitler-Partei zur gerichtlichen Klarstellung zu zwingen.

Nachdem der Nazi-Graf Reventlow öffentlich seine kriecherischen Nazipolitik gegenüber Mussolini als dem Unterdrücker Südtirols abrückte, schicken die steiermärkischen Nazi-Informationen einen Absagebrief. Ihr Führer Pfriemer erklärt, er fühle sich an frühere Abmachungen nicht mehr gebunden.

Falsches Geld fürs „Dritte Reich"

(Eig. Drahtm.) Kassel, 27. Dezember.

Am 24. Dezember wurden durch die Kriminalpolizei zwei Leute wegen Falschmünzerei festgenommen. Beide haben, daß sie mehr als 4000 Falschstücke in den Verkehr gebracht haben, wobei sie stets in SA-Uniform auftraten.

Katowitz. Zwei Schmuggler wurden von einem Zollbeamten erschossen.

Birmingham. Bei einem nächtlichen Brande kamen sieben Kinder einer Familie in den Flammen um.

Neue Polizeiaktionen gegen die KPD

Haussuchungen bei Parteifunktionären — Anschlag auf RGO

Am 22. Dezember erschienen in Bremerhaven vor dem Büro der RGO ein großes Aufgebot von Sipo und Kriminalpolizei. Das Büro der RGO wurde durchsucht und Schriftstücke beschlagnahmt. Ebenso wurde eine Aktion gegen das Büro der KPD durchgeführt. Da niemand mehr anwesend war, unternahm die Polizei des Sozialdemokraten Kleemann einen planmäßigen Streifzug durch ganz Bremerhaven. Die Wohnungen bekannter revolutionärer Arbeiter wurden durchsucht. Gefunden wurde nichts.

In Freiburg (Baden) erschien am 22. Dezember ein Aufgebot von Schupo und Kriminalpolizei und verhinderte das Stattfinden einer Parteiversammlung der KPD-Ortsgruppe Freiburg, an der auch Sympathisierende teilnahmen.

Auch diese Polizeiaktionen zeigen erneut den verschärften Justizangriff, den die staatlichen Organe auf Befehl der Schleicher-Regierung gegen unsere Partei durchführen. **Desto stärker müssen die Arbeiter den Kampf gegen die Polizeiaktionen aufnehmen und in den Betrieben, Stempelstellen und Massenorganisationen Protestaktionen zum Schutze der Kommunistischen Partei durchführen.**

Am Sonntag, dem 25. Dezember, wurde die Veranstaltung Naturwissenschaftlichen Vereins, Berlin, Moabiter-Gesellschaftsräumen polizeilich aufgelöst, weil bekanntlich von der KPD einberufen war. Nach der Auflösung lagen der Straße zu Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei.

Polizei in der Lerchenfeldstraße

Halle, 27. Dezember.

Am 24. Dezember, dem sogenannten „Heiligen Abend" ganz plötzlich in dem Parteigebäude in der Lerchenfeldstraße Haussuchung durch Polizei statt. In großem Umkreis wurde das Gebäude umzingelt. Die Polizei suchte nach einer „Kiste voller Küte", die angeblich in das Parteihaus hineingebracht worden sein sollte. Trotzdem sogar unter den Betten nach Schmuggelmannes gesucht wurde, war keine Kiste zu finden. Die Polizei mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0002

Lügenschlammflut gegen die Sowjetunion

Antibolschewistischer Wettbewerb zwischen SPD., Nazis und dem Papst

Eine wahre Lügenschlammflut wird gegenwärtig von den Feinden des werktätigen Volkes gegen die Sowjetunion ausgegossen. Wir verzeichneten in den letzten Tagen bereits die Tatsache, daß diese Antisowjethetze der deutschen Presse augenscheinlich mit bestimmten Absichten organisiert und höheren Ortes dirigiert wird.

Während die großen bürgerlichen Zeitungen Tränen über die „armen unschuldigen Opfer" der GPU. vergießen, bemüht sich der „Vorwärts" krampfhaft, durch

verlogene Darstellungen der Wachstumsschwierigkeiten

des sozialistischen Aufbaus die befohlene Aufgabe der Antisowjethetze zu erfüllen. Der „Vorwärts" vom Sonabend bietet allein schon eine Blütenlese sozialdemokratischer Entstellungs- und Lügenkunst. In einem Artikel wird eine völlig auf den Kopf gestellte und verlogene Darstellung des an anderer Stelle unserer Zeitung behandelten Lohnproblems in der Sowjetunion mit der verlogenen Ueberschrift versehen: „Lohnerhöhungen unter Strafe gestellt". Der „Vorwärts" weiß ganz genau, daß sowohl im Jahre 1932 die Löhne in der Sowjetunion um etwa 35 bis 40 Prozent erhöht worden sind, wie auch für das Jahr 1933 Lohnerhöhungen in ähnlichem Ausmaße vorgesehen sind. Das hindert ihn aber nicht, zu lügen: „Lohnerhöhungen unter Strafe gestellt."

Noch toller wird es in einem zweiten Artikel: „Spannungen in Sowjetrußland" getrieben. Die Tatsache, daß eine Reihe von Bürokraten gemaßregelt worden sind, die ihre Stellung als Leiter von Sowjetgütern nicht im Interesse des Proletariats befleidet haben, nimmt der „Vorwärts" zum Anlaß, um fast ganze zwei Spalten in verlogenster Weise herumzuphantasieren. „Der russische Proletarier" — so heißt es in diesem Artikel — „lebt 1932 unverhältnismäßig schlechter, als 1928. Er ernährt und kleidet sich schlechter, er wohnt im Durchschnitt auch schlechter als vor fünf Jahren." Es gehört schon eine ungeheure Portion Frechheit dazu, mit derartigen Behauptungen hausieren zu gehen, die den Stempel der Lüge von vornherein auf der Stirn tragen. Man bedenke, seit 1928 haben Millionen und aber Millionen von Sowjetarbeitern neue moderne Wohnungen bezogen, die im Laufe des Fünfjahrplans fertiggestellt wurden, seit 1928 ist die Arbeitslosigkeit vollständig liquidiert worden, Tausende von hervorragenden Betriebsküchen sind entstanden, der Lohnfonds der Sowjetunion hat sich mehr als verdreifacht. Der Soldschreiber im „Vorwärts" aber faselt „unverhältnismäßig schlechter als 1928". Für die Skrupellosigkeit der „Vorwärts"-Hetze spricht die Tatsache, daß man sich nicht scheut, in dem Artikel zu behaupten: „In den letzten Wochen gab es im Kuban-Gebiet und nicht bloß dort, bewaffnete Bauernaufstände . . ." Das heißt der Unverschämtheit der Krone aufsetzen.

Wir erklären hierdurch öffentlich den für diesen Artikel des „Vorwärts" verantwortlichen Redakteur für einen bewußten Lügner.

Diese „Bauernaufstände" hat er sich in ähnlicher Weise aus den Fingern gesogen, wie es die Redakteure des „Angriff" und des „Völkischen Beobachters" bezüglich ihrer Märchenerzählungen von „Hungerunruhen und Revolten in Sowjetrußland" fast täglich zu tun pflegen.

Die Arbeiter in Magnitogorsk, in Balachin und Kolsk werden außerordentlich erstaunt sein, wenn wir ihnen die Ausschnitte aus dem „Völkischen Beobachter" und dem „Angriff" senden, in denen mit der Dreistigkeit von Idioten behauptet wird, daß in diesen Städten „Hungerunruhen mit Waffengewalt blutig unterdrückt" worden wären. Sie werden sicher über diese Märchenerzählungen nationalsozialistischer Zeitungen herzlich lachen und nicht versäumen, auf diese Lügen selbst zu erwidern, was wir dann in der „Roten Fahne" veröffentlichen werden.

Die Front der Antisowjethetzer in den Weihnachtstagen wäre nicht vollständig, wenn sich nicht zu ihnen in gewohnter Weise auch der Papst gesellen würde. Der Papst hat eine Weihnachtsrede durch Radio gehalten. Er gedachte nicht der Opfer kapitalistischer Ausbeutung, die zu Millionen dahinsiechen und verhungern. Er gedachte nicht der zehntausende durch japanische Bomben zerrissenen Chinesen in der Mandschurei. Er gedachte auch nicht jener tausende Opfer auf den Schlachtfeldern des Chaco, die zur höheren Ehre der Profite des amerikanischen und englischen Oelkapitals ihr Leben lassen mußten. O nein, davon sprach der Papst kein Wort. Aber er vergoß bittere „Tränen" über das „furchtbare Schicksal" der Gläubigen in der Sowjetunion, die angeblich von den bösen Bolschewiki so verfolgt werden. Es lohnt sich nicht, auf diese zum Erbrechen wiederholte Lüge von „Religionsverfolgungen" in der Sowjetunion einzugehen, jeder Arbeiter weiß heute in Deutschland, daß in der Sowjetunion sowohl die Freiheit des religiösen Glaubensbekenntnisses, wie der antireligiösen Propaganda herrscht.

Schwere Arbeitslosenunruhen in Warschau

Warschau, 24. Dezember. In Warschau kam es heute zu schweren Arbeitslosenunruhen. In den Arbeitervierteln bildeten sich unter kommunistischer Führung mehrere Demonstrationszüge von Arbeitslosen, die in das Marktthallenviertel zogen und dort in die großen Lebensmittelspeicher eindrangen. Ein riesiges Polizeiaufgebot wurde zusammengezogen, aber erst nach heftigen Kämpfen gelang es der Polizei, die Demonstranten auseinanderzutreiben. 12 Arbeiter wurden verhaftet.

Weihnachtsbescherung für Schlechter

Das Rote Hai-Feng

Feng-Jai

AUS DEM CHINESISCHEN

Fortsetzung.

Täglich suchten 300 bis 400 Bauern die Lokale des Bauernbundes in den verschiedensten Angelegenheiten auf. Glücklicherweise hatte auch die Zahl der in der Bauernbewegung tätigen Genossen erheblich zugenommen.

Der von den Hai-Fenger Grundherren, Bürgern und Beamten gegründete Schutzverband der Steuerzahler war durch die vorhergegangene, beispiellose Massenkundgebung, die die verhafteten Bauern befreit hatte, in Angst und Schrecken versetzt worden. Dann es gab der Bauernbund bekannt, daß der als Pachtzins zu entrichtende Reis in den Speichern der Bauern lagere und daß der Versuch der Grundherren, gegen die Bauern vorzugehen, die Vernichtung der Feldgemarkungen zur Folge haben würde. Der Schutzverband mußte nachgeben. Da begann der Vorsitzende des Bauernverbandes, Tschen-Yuen-Po, mit einigen anderen abergläubischen Honoratioren zusammenn Buddha und seine Heiligen um Mittel anzusehen, womit sie den Bauernbund erfolgreich bekämpfen könnten.

Im Buddhatempel veranstalteten sie eine spiritistische Séance. Der ersten Hieroglyphen aber, die der von den Spiritisten beschworene Geist zeichnete, lauteten: „Der Sieg des Bauernbundes unabwendbar."

Da ließen Grundherren und Beamte die Köpfe hängen und waren ganz kleinlaut.

Am folgenden Tage berief Tsch-Yue-Po eine Generalversammlung des Schutzverbandes ein und erklärte, sein Amt niederlegen zu wollen; als Grund hierfür gab er die Prophezeiung des Geistes an, der außerdem noch verkündet hatte, Peng-Paj solle „Hai-Feng gedeihen". Der Wille des Geistes, führte Tschen-Yue-Po aus, sei heilig und dürfe nicht verletzt werden. Auf seine — Tschen-Yue-Pos — Frage, was er denn weiter tun solle, habe der Geist ihm die Weisung gegeben, nach Honkong zu reisen, wo er denn auch zu tun beabsichtige.

Zwei Tage darauf reiste Tschen-Yue-Po wirklich nach Hongkong ab. Diesen ganzen Rummel mit der spiritistischen Sitzung und der Geistererscheinung hatte er in seiner Angst vor dem Bauernbunde in Szene gesetzt, um einen glaubhaften Vorwand zur Flucht zu haben. Bald nach seiner Abreise löste der Schutzverband der Steuerzahler sich auf.

Von nun ab hatte der Bauernbund es mit einem einzigen offenen Widersacher zu tun — mit dem Herausgeber der Zeitung „Kuang-Tschikan", die Tag für Tag Verleumdungen gegen den Bund veröffentlichte. Der Grundherr und spätere Bezirksobmann Van-Tlo-Sin und Tyu-Tsin-Jun, ehemaliger Lehrer des Tschan-Tlu-min, ein einflußreicher Mann, sandten insgeheim Depeschen an die Behörden von Kanton, in denen sie meldeten, daß der Bauernbund zum Aufruhr hetze, die Gefängnisse stürme, die Verbrecher in Freiheit setze usw.

Der Bauernbund setzte aber seine Werbe- und Organisationsarbeit ruhig und beharrlich fort.

Tufes*) der Bezirke Chu-ejn, Tst-Tsing und Uchna hatten erfahren, daß der Bauernbund eigens zum Schutze der Armen gegründet worden war, und bekundeten ihm seitdem lebhaftes Interesse und Teilnahme. In den Dörfern, die dem Bunde angehörten, rührten sie gewöhnlich kein einziges Stück Vieh an. Kamen dennoch Diebstähle vor, so wurde das Entwendete auf die bloße Mahnung des Bauernbundes hin zurückerstattet.

Niemand wagte es, die Orte aufzusuchen, wo die Tufes hausten — die Mitglieder des Bauernbundes aber hatten überall freies Geleit. Dies gab den Konterrevolutionären den erwünschten Anlaß, den Bauernbund in den Depeschen, die sie an die Behörden sandten, des Einvernehmens mit den Räubern zu bezichtigen.

Vom Bezirksbauernbund von Hai-Feng, über den Bauern-Bauernbund des Bezirks Chuaj-Tchou, zum Bauernbund für ganz Huandung ging der Weg, den die Bauernbewegung zurückgelegt hatte. Zu erwähnen ist jedoch, daß damals nur die Bezirke von Hai-Feng und Lu-Fyng über eine gute Organisation verfügten.

In der ersten Hälfte des 12. Jahres der Republik (1923) setzte sich die Entwicklung der Bauernbewegung ohne besondere Zwischenfälle fort. Im sechsten Monate dieses Jahres (nach der alten chinesischen Zeitrechnung) erhob sich gegen Mitternacht ein heftiger Wind; ein Gewitter brach los, der Wind schwoll zum Orkan, der Mauern umstürzte, Häuser hinwegfegte, Bäume entwurzelte. Als der Morgen zu grauen begann, trat der Fluß aus den Ufern. Von allen Seiten her erschollen verzweifelte, keinen Augenblick verstummende Hilferufe. Der Sturm legte sich bald, das Hochwasser hielt zwei Tage lang an.

Bei diesem Anlaß entfaltete der Bauernbund eine rege Tätigkeit. Sofort wurden Rettungskolonnen gebildet. Die einen brachen in Booten nach den überschwemmten Ortschaften auf, um den Bauern sofort Hilfe zu leisten, die anderen wurden mit Spaten ausgerüstet und gingen daran, das Wasser von den überschwemmten Feldern abzulassen und rasch die Staudämme wiederherzustellen; wieder andere stellten Untersuchungen an Ort und Stelle an.

Die rege Tätigkeit des Bauernbundes machte auf die Bauernschaft einen großen und nachhaltigen Eindruck.

Allmählich sank das Wasser. Von überallher, aus Dörfern und Flecken, machten sich die Bauern auf den Weg, um beim Bauernbund Rat und Beistand zu suchen. Die einen erstatteten Bericht über das Unglück, das sie heimgesucht hatte, die anderen fragten, wie sie es jetzt mit dem Pachtzins halten sollten. Täglich stellten sich fünf- bis sechshundert Menschen in der Geschäftsstelle des Bundes ein. Es wurde eine Plenarversammlung des Vollzugskomitees einberufen, die über alle diese vielfältigen, neuaufgekommenen Fragen entscheiden sollte. Dieser Versammlung, die bis zur Ankunft einiger im Bezirk Lu-Fyng tätiger Mitglieder des Ausschusses vertagt wurde, ging eine Beratung voraus, auf der sich, bei der Erörterung der mit dem Pachtzins zusammenhängenden Fragen, zwei grundverschiedene Strömungen erkennen ließen. Einige der Anwesenden hielten hartnäckig an dem vom Bauernbund anfänglich festgelegten Plan fest, wonach der Kampf um die Ermäßigung des Pachtzinses in Hai-Feng nicht vor drei Jahren einsetzen sollte. Die anderen wiesen darauf hin, daß die Sachlage sich nunmehr durchgreifend verändert hätte. Sollten die Grundherren jetzt, trotz Hochwasser und Mißernte, auf Zahlung des vollen Jahreszinses bestehen, so würde dies eine schreiende Ungerechtigkeit sein. Die Kräfte der Bauernschaft, die unter dem Eindruck des Unglücks, das sie betroffen hatte, den Kampf mit den Grundherren bis zum Aeußersten fortführen würde, dürften nicht unterschätzt werden. Unter solchen Umständen wäre ein Sieg wohl möglich.

(Fortsetzung folgt)

*) Freischaren, Partisanen, aber ohne politisches Ziel, anarchistische Gruppen entwurzelter Bauern. Solche Gruppen gibt es seit Jahrhunderten in China. Ihre Existenz ist durch das Massenelend bedingt. In bürgerlicher Literatur wurden sie bisher schlechtweg „Räuber" genannt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0003

Walhalla
8 Uhr
Wieder ein Schlager
Frühling in Heidelberg
Operette in 3 Akten

Stadt-Theater
Heute, Dienstag 20 bis gegen 22.30 Uhr
Der Rosenkavalier
Oper von Richard Strauß
Mittwoch 15.30 bis geg. 18.15
Dornröschen
20 bis gegen 22 Uhr
Friedemann Bach
Oper v. P. Graener

Damen- u. Herren-Frisier
Salon Thier
Spezialität: Dauer-Wellen
Ilterfeld, Wolfener Str. 19

Restaurant zur Hafenecke
Inh. Wwe. Else Vogel
Verkehrslokal der Arbeiterschaft
Laden: Eig. Hausschlächterei

Ein altes Rezept jeden Abend
eine Flasche tres wohl schmeckendem aber vor allem gesundheitsfördernden und auch blutreinigenden KÖSTRITZER SCHWARZBIERES. Regelmäßig jeden Abend 1 FLASCHE in Ruhe genießen!
seit 1543
Köstritzer Schwarzbier ist zu haben in allen Lebensmittel-Läden und einschlägigen Geschäften

Neujahrsinserate

werden bis zum 30. Dez., morgens 9 Uhr, angenommen

Molkerei „Süd" Rudolf-Haym-Str. 35
Dauerpasteurisierte Milch, Butter, Sahne

Leder-Ausschnitt
Schulranzen / Büchermappen / Aktenmappen
billigst im Fachgeschäft
Curt Emig, Bitterfeld, Lederhandlung, Burgstr. 6

Spirituosen bei Rink, Nordhausen
Sundhäuser Str. 8

Lebensmittel, Schokolade billigst
Curt Hube und Frau
Böliberger Weg 14

Beerdigungs-Anstalt Willy Lutze
Halle a. S., Krukenbergstr. 7 (Gegenüber d. Kliniken) Tel. 25920.

Damenkonfektion, Strumpfwaren
Trikotagen, Kurzwaren
am billigsten bei
Rudolf Kalmann Schkeuditz
Festplatzstr. 6

Tag für Tag
erinnert den Geschäftsmann bei Euren Einkäufen an den
„Klassenkampf!"

Arbeiter-Konsum-Verein Oberes Geiseltal
e. G. m. b. H., Sitz Neumark

Bilanz per 30. Juni 1932

Aktiva		Passiva	
Waren	2 616.60	Lieferanten	2 448.01
Inventar	100.00	Umsatzsteuer	116.15
Bankguthaben	5.22	Noch zu zahlende Unkosten	162.65
Kassenbestand	270.80	Erübrigung	265.21
	2 992.02		2 992.02

Erübrigungs- und Verlustrechnung per 30. Juni 1932

Kosten		Erträgnisse	
Unkosten	606.96	Waren	2 003.50
Gehälter	698.41		
Soziale Lasten	199.64		
Zinsen	19.30		
Steuern	227.58		
Erübrigung	265.21		
	2 003.50		2 003.50

Die Bilanz ist von uns geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Neumark, den 25. Juli 1932.

Der Aufsichtsrat
Jährling, Rudolbach, Schurig, Unger, Kluge, Tempel, Büchendorf.

Der Vorstand
Reif, Hennemann, Korte.

Fettheringe 10 Stück nur 25 ₰
Fettheringe, mittel 10 St. 48 ₰
Vollfettheringe, groß 1 St. 8 ₰
Saure Gurken 1 Stück 5 ₰
Senfgurken . . 1 Pfd. 28 ₰
Gewürzgurken . 1 Pfd. 28 ₰
Sardellen . . . ¼ Pfd. 18 ₰
Kapern . . . . ¼ Pfd. 20 ₰
Perlzwiebeln . . ¼ Pfd. 18 ₰
Mayonnaise . . ¼ Pfd. 12 ₰
Fleischsalat (m. ca. 25% Gurke) . . . ¼ Pfd. 10 ₰
Heringssalat . . ¼ Pfd. 10 ₰
Edamer 20%ig, ¼ Pfd. 17 ₰
Zwiebeln . . . . 1 Pfd. 8 ₰
Konsumsülze (50% Fleischgehalt) 1 Pfd. 38 ₰

Apfelmus . 2-Pfd.-Dose 45 ₰
Pflaumen 2-Pfd.-Dose 45 ₰
Birnen . 2-Pfd.-Dose 75 ₰
Erdbeeren 2-Pfd.-Dose 88 ₰

Für Punsch u. Bowle:
Weißwein . ¼ Fl. exkl. 70 ₰
Rotwein . ¼ Fl. exkl. 70 ₰
Tarragona ¼ Fl. exkl. 80 ₰
Heidelbeerwein vom Faß . ¾ Ltr. 50 ₰
Johannisbeerwein vom Faß . ¾ Ltr. 45 ₰
Fruchtsekt ⅓ Fl. inkl. Fl. u. Steuer . . . . 125 ₰

Niedermeier G. m. b. H.
Diese Preise gelten nur für unsere Filialen in Halle

Zum Heringssalat großer Heringsverkauf
„NORDSEE"
Deutschlands größter Fischhandel
Nur Ware in bekannter Güte
Hochfeine Fettheringe
Stck. 5 ₰, 5 Stck. 23 ₰, 10 Stck. 45 ₰
Wirklich fette, zarte, prachtvolle Vollheringe
Stck. 7 ₰, 5 Stck. 33 ₰, 10 Stck. 65 ₰
Kapern, Perlzwiebeln, saure Gurken, Senf- u. Pfeffergurken, Heringsmilch, Sardellen
Allerfeinste Mayonnaise
Marke „Appel" erste Sorte
1 Pfd. 1.10, ½ Pfd. 28 ₰, kann verdünnt werden
Heringssalat, Fleischsalat nur Qualitätsware
Ferner:
Grüne Heringe zirka 4—5 Stück auf 1 Pfund 19 ₰
1 Waggon Seefische
Seelachs ohne Kopf . . Pfund 19 ₰
Täglich frische Räucherwaren
Sprotten . . . . . Kiste 27 ₰
Allerfeinste zarte, fette
Rauch-Aale z. Silvester
Leb. Spiegelkarpfen
alle Größ. nur reinschmeckende Ware . . . . . Pfund nur 90 ₰

I Der Weg zum Kunden I

Halle

Trinkt die gute Milch aus der Halleschen Molkerei 5463

Sparkasse des Saalkreises
Hauptstelle: Halle a. d. Saale, am Stadttheater
35 Nebenstellen 5514
Wir dienen dem Volke!

Molkerei Niemberg empfiehlt ihre Produkte in bester Qualität 5453

Eisenwaren u. Hausgeräte im Spezialgeschäft 5825

Besucht 5827
Kaffeehaus Laue
Halle, Leipziger Str. 61-62
Solide Preise — Gutes Gebäck

M. Schellenberger, Bernburger Straße 80
Kolonialwaren, Spez. hausschl. Wurstwaren
5% Rabatt 5502

Schütze Deine Familie 5829
durch Beitritt zur
Begräbnis-Versicherung „Deutscher Herold"
Geschäftsstelle: Max Burkel
Hallesche Beerdigungs-Anstalt „Pietät"
Kl. Steinstraße 4 — Ruf 26393

Willi Strunk, Fleisch- und Wurstwaren
5499 Schwetschkestraße 19

Eßt „Müller-Brot"! 5614

Das Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise 5515
Alex Michel
Halle, Marktplatz 18

Werdet Sparer 5613
bei der **Stadtsparkasse zu Halle**
Hauptstelle: Rathausstraße 5
Zweigstellen: Trothaer Straße 19, Gr. Brunnenstr. 3a
Bernburger Str. 8, Riebeckplatz, Rannischer Platz
Merseburger Str. 115, Gesundbrunnen

R. Kleemann, nur Mortkauinger 9
Augenoptik, Feldstecher, Photoartikel
Lieferant aller Krankenkassen 5617

Emmy Quentin, Weiß-, Woll- u. Kurzwaren
5500 Glauchaer Straße 40

Essig — Mostrich Speiseöl 5620

5828
Echt Hallensia-Eiernudeln
nahrhaft — wohlschmeckend

LIGA
DICK-RUND-OVAL
die freiwirtschaftliche Qualitäts-Zigarette 3 1/3

10 Pfg.-Automat-10 Pfg. 5600

JOHANNES THURM
Glauchaer Straße 79 6661

STANDARD BENZIN MOTOR OIL Esso 6772

Arbeiterverkehrslokal empfiehlt sich bestens! 5513

Obst-Spezialgeschäfte
Berliner Str., Bernburger Str. Königstr. 6031
Wilhelm Pfeiffer

sWeiss 6032
Halle - Merseburg - Bitterfelt

Bodensteiner Bräustüb'l
Merseburger Str. 13 — Ruf 21703
Tägl. die schmackhaften Tellergerichte nur 25 Pf. — Mittags od. Abendflamm 70 Pf. 5590

5498 **Spielwaren**
Geschenkartikel, Lederwaren
Große Auswahl in Vereinsartikeln
Albin Hentze, Schmeerstraße 24
Empfehlenswe. Einkaufsquelle all. Organisat.

Materialwaren — ff. Hausschlachtene
5501 Karl Conrad, Merseburger Str. 110

Max Schröder Schweitzerstraße 18
6639 Bäckerei — Konditorei

Möbel bei O. Bernhardt Herrenstr. 19 am Weg 5404

Drogen, Farben, Seifen
5457 **Bruno Pretzsch**, Moritzzwinger 1

Kolonialwaren kauft in Fachgeschäften! 5458

Im Hotel
„Weltkugel" am Bahnhof
wohnt man am besten — ißt man am besten! 5452

Schokoladen u. Zuckerwaren
Tornow, Leipziger Straße 32 5
Die billigste Bezugsquelle

Schuhwaren nur Leipziger Straße 3
Friedrich Oehlschläger 5518

Lest gute Bücher! 5617

Möbelhaus „Hallensia"
6497 Merseburger Str. 1

Besser essen 6698
weniger dafür ausgeben, kauft bei
Butter-Krause

Inserieren bringt Gewinn! 5612

Möbel bei **G. Schaible** 5615
jeder Art · Gr. Märkerstr. 26, am Markt

Sanitas-Bad Mittelstraße 20
Alle Sorten Bäder u. Massagen, auch für sämtl. Krankenkassen 5455

Betten billig nur von Betten-Ecke Carl Ad. emann Gr. Ulrichstr. 26 Ecke Jägergasse 6645

Trinkt Euer **Freyberg-Bräu!** 5618

Otto Ulbricht, Glauchaer Str. 28
Fleisch — Wurstwaren 5619

Korn & Zöllner
Halle, Gr. Steinstr. 14 (Ecke Mittelstraße)
Fachgeschäft für
Werkzeuge — Baubeschläge Eisenwaren 5820

Betten immer am billigsten
Bettenhaus Bruno Paris
Kl. Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9

Kauft beim Inserenten!

Restaurant Sandberg
6693 Gut gepflegte Biere!

660

Deckt Euren Bedarf an Heereuniformen u. Schulmacher-Bedarfsartikel 6620
bei **H. Pfafferott** Gr. Klausstraße 1

Rest. „Burgtheater"
Große Gosenstraße 12
Neue Bewirtschaftung 6646

Ammendorf
Zentral-Molkerei 6
Lindenstr. 2
Sämtliche Molkereiprodukte

Rind- und Schweineschlachten
Otto Schiefardecker
Richard-Löschstr. 12 6

Schokoladenhaus Heinrich Schoeb
5835 Regensburger Str. 4

7068 Trinkt Milch von der
Molkerei Trotha

Händler kaufen: Alle Kurzwaren, Stahlwaren, Seifen, Strümpfe, Textilwaren u. Wollen günstigst billigst bei 7000
Arthur Pommer, Großhandlung, Landwehrstr. 9

Geh' mit Deiner Familie Sonntags ins Gasthaus essen! 7057

W. Pretzsch's Bierstuben
6999 Merseburger Str. 54
Jeden Sonntag Konzert u. Tanz
Angenehmer Familienaufenthalt

Wo??? in Halle verlebt man die angenehmst. u. gemütlichsten Stunden?
6412 im **Café „Freischütz"**
Inh. H. Hartung, Kl. Ulrichstr.

Lest gute Bücher! 6413

Wohin? In's **„Rest. Friedrichsgarten"**
Friedrichstr. 23 / Tel. 34467 6487

Kurz — Wollwaren, Trikotagen 6896
im Arbeiter-Konsum!

Wo speise ich gut u. billig?
Bei **Stroh's Nachfg.**,
Leipziger Straße 54 6900

Karl Böhlert Roßschlächterei
ff. Fleisch- u. Wurstwaren 6660
Clearinstr. 3, Telefon. / Ammendorf

Arbeiter, deckt Euren Bedarf an Gurken u. Sauerkraut im
Arbeiter-Konsum!

Wettin a. S.
Brot- und Feinbäckerei 6841
Albin Gehrmann, Könnerscher Str. 357

Bäckerei Albert Glaser
Könnerscher Straße 78 6842

Kolonialwaren, Farben, ff. Kaffeesorten
Gustav Köhler, Tel. 293 6843

Carl & Böhle, Wettin 219 6844
Lebensmittel und Rauchwaren

Unser Bierverlag liefert in Flaschen 6899
zu Festtischkeiten u. für den Haushalt **Köstritzer Schwarzbier** und Kulmbacher Export / Lagerbier aus der Brauerei Schaade, Dessau
A. Scheibe, Karlstr. 4 Fernspr. 26398

Drei Könige (RAKETE)
Bier à Glas **15 Pfg.**
Vorzügliche Küche 6498

Möbel
Geschmackvolle 6639
Wohnungseinrichtungen zu bekannt niedrigst. Preisen
Gebr. Jungblut
Halle a. S.
Albrechtstr. 37

Fritz Dehnhard 6647
Zigarrenhaus
Glauchaer Str. 79

E. Körenberg 6646
Lebensmittel
Hauschlachten
Eichendorffstr. 1

Lebensmittel
Franz Steinbach
Spitze 4
Jede Woche Schlachtfest
6678

Halle-Merseburg
Werktätige! Kauft nur „Kronsberg-er" Kautabak! 6703
Nordhausen

Wäsche, Strumpfwaren, Trikotagen kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
Zuckermann 6486
Rannischestr. 3 — Leipziger Str. 63

R. Donnerstag 6434
Alle Lebensmittel, Triftstraße 5
Fleischerei: Gosenstraße 20

Kramer's Konzerthaus 5899
Delitzscher Str. 2
Täglich Konzert
Montags bis Donnerstags Tanz

Rich. Mordhorst 6496
Lebensmittel, Kolonialwaren. Jede Woche Schlachtfest.
Glauchaer Str. 69

Martin Klauß
Zigarren
Zigaretten
6493 Tabak
Merseburger Str. 35

Zigarrenhaus 6492
G. Büchner
Freiimfelderstr. 21

Beim Inserenten kaufen!

Halle-Cröllwitz
Lebensmittelhaus Cröllwitz
Einkaufsquelle der Arbeiterschaft
Dölauer Straße 4 6485

6619 Deckt Euren Bedarf an Gurken u. Heringe im
Arbeiter-Konsum!

Eckstein's Fleischzentrale
Böliberger Weg 14 6494

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0004

Wehag-Arbeiter rüsten zur Betriebsratswahl!

Der größte Kommunalbetrieb unseres Bezirks vor wichtigen Entscheidungen — Abrechnung mit der Schaumburg-Rive-Politik!

In wenigen Wochen wird die Neuwahl des Betriebsrats in den Wehag-Betrieben stattfinden. Diese städtischen, jetzt mit Hilfe der Sozialdemokratie durch Umwandlung in eine AG der Kontrolle der Oeffentlichkeit, der Stadtverordneten und insbesondere der gewählten Arbeitervertreter entzogenen Werke wie Straßenbahn, Gas- und Wasserwerk, Elektrizitätswerk und Fernheizwerk galten bis vor kurzem als Hochburgen der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften.

Dieses Bild hat sich im letzten Jahre gründlich geändert

Wie es die Kommunisten voraussagten, hat der reaktionäre Magistrat der Stadt Halle durch die erfolgte Abtrennung der Bäder eine Tarifpolitik in bezug auf die Preise für Strom, Gas und Wasser und Straßenbahnfahrkarten durchgeführt, die der Oberbürgermeister Rive selbst als „indirekte Steuerpolitik" bezeichnete. Andererseits wurden durch brutale Entlassungen, rücksichtslose Rationalisierung und durch sechsmaligen Lohnabbau, mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsführer und Betriebsratsspitzen durchgesetzt wurde, die „Rentabilität der Wehagbetriebe gesichert".

Ueber 5 Millionen Mark Ueberschuß wurden allein im letzten Jahre aus diesen „indirekten Steuern" der gesamten werktätigen Bevölkerung von Halle und aus den Knochen der Wehagbelegschaften herausgewirtschaftet.

Für diese Politik sind die Gewerkschaftsführer, die ja Direktionsund Aufsichtsratsmitglieder der Wehag, Stadträte und Stadtverordnete von Halle sind, ebenso verantwortlich wie die reformistischen Betriebsratsvorsitzenden Deutschbein, Seelig und Taatz. Die Betriebsratswahlen im Januar werden und müssen eine gründliche Abrechnung mit den Leuten bringen, die im Bunde mit dem Rive-Magistrat den Brüning-Kurs, den Papen-Kurs, den Schleicher-Kurs, kurz den faschistischen Kurs des deutschen Trustkapitals durchgeführt haben.

Die wahre Meinung des größten Teils der Wehagbetriebe kam, wie wir bereits kurz berichteten, in einer Konferenz zum Ausdruck, zu der von der Opposition in den Gewerkschaften von RGO- und auch unorganisierten Kollegen in der vergangenen Woche eingeladen worden war und auf der alle Wehagbetriebe vertreten waren. Nach einem kurzen Referat des Kollegen Kühn, welches dieser Anregung der Konferenz hielt, fand eine sehr lebhafte und ausgiebige Aussprache über die Aufstellung der roten Einheitslisten und über Zustände in den Betrieben der Wehag statt.

Ein Kollege von der Straßenbahn

berichtete über glänzende Stimmung für die Kandidaten der bereits aufgestellten Einheitsliste, die sich aus Kollegen aller gewerkschaftlichen Richtungen zusammensetzt. Bei der Straßenbahn große Stimmung besonders

gegen den Reformisten Seelig, weil dieser ganz offensichtlich im Auftrage der Direktion vor wenigen Tagen erst den Versuch unternommen hatte, den Kollegen bedeutende Urlaubsverschlechterungen schmackhaft zu machen, was aber von der Belegschaft einmütig zurückgewiesen wurde.

Die Hallischen Straßenbahner haben keine Lust mehr, die reformistische Politik länger mitzumachen.

Ueber ähnliche Stimmungen berichteten die Kollegen aus dem Gaswerk. Hier will man seitens der Reformisten offenbar den zu stark kompromittierten Taatz nicht wieder aufstellen. Besondere Erbitterung hat das Verhalten von Deutschbein hervorgerufen, der jetzt mit einem Male

die Forderung nach Vorschüssen zu Weihnachten für „kommunistischen Unsinn" erklärte, obwohl die Gewerkschaftsvertreter im Stadtparlament in den vorhergehenden Jahren selbst diese Anträge gestellt hatten.

Die Kommunisten sind dafür nie eingetreten, denn ihre Forderung lautete: Winterhilfe für die Arbeiter der Wehagbetriebe und nicht Vorschuß, der später doch zurückgefordert wird. Ja, diese im Stadtparlament sitzenden Gewerkschaftsvertreter haben sogar kommunistische Anträge auf Niederschlagung der gezahlten Vorschüsse in der Vergangenheit niedergestimmt.

Auch hier ist bereits eine rote Einheitsliste fertig.

Kollegen aus dem Wasserwerk, dem Elektrizitätswerk und von der Grube „Karl Ernst" berichteten ähnlich. Ueberall sind die besten Voraussetzungen für die Aufstellung von Einheitslisten.

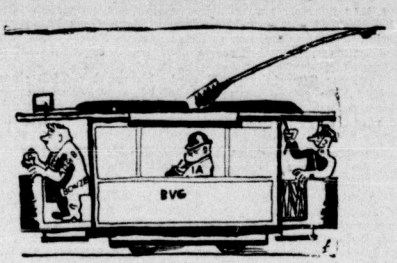
Auf Grube „Karl Ernst", wo die Belegschaft die beiden reformistischen Betriebsräte vor kurzer Zeit davongejagt hat, hatte man von seiten des Gesamtbetriebsrates die roten Betriebsräte überhaupt noch nicht vom Stattfinden der Wehagwahlen benachrichtigt.

Offenbar, weil man weiß, daß auf Grube „Karl Ernst" nur eine rote Liste zustandekommt. Man fürchtet, daß durch diese Tatsache die Wahlen in den übrigen Wehagbetrieben für die Reformisten und für die Nazis ungünstig beeinflußt werden könnten

Rechnet mit dem Rive-Schaumburg-Block ab!

Zum Schluß sprach noch kurz der kommunistische Stadtverordnete Behnke über die Bedeutung der Wehagbetriebsrätewahl im Zusammenhang mit der ganzen Rive-Schaumburg-Politik. Er zeigte auf, daß die Kommunalpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbonzen, insbesondere in der Frage der Verschacherung der städtischen Betriebe, die Ausschaltung der kommunistischen Vertreter der Arbeiterschaft vom Aufsichtsrat, die brutale Preispolitik auf Kosten der werktätigen Massen in Halle und vor allem der rücksichtslose Lohn- und Personalabbau auf das engste mit den Betriebsrätewahlen zusammenhänge. Ueber diese Politik des Bürgerblocks und der Sozialdemokratie einschließlich der Gewerkschaftsführer und der Spitze des reformistischen Wehagbetriebsrates gilt es, das Urteil bei den Betriebsrätewahlen zu fällen.

Die nebenstehende Resolution wurde von der Konferenz einstimmig angenommen.



DIE WICHTIGSTE MASSENBROSCHÜRE DES TAGES!

DER STREIK DER BERLINER VERKEHRSARBEITER

PREIS 10 PF.

Durch Kampfeinheit zum Sieg!

An die Arbeiterschaft der Wehag-Betriebe Halle!

Die Betriebsrätewahlen stehen bevor. Weder die Wehagdirektion noch die Leute, die als Betriebsräte immer die Interessen der Belegschaft vertreten haben und somit zu deren besten Stützen zählen, haben ein Interesse an diesen Wahlen. Schon im vergangenen Jahre hatte ja die reformistische Gewerkschaftsbürokratie bestrebt, das Stattfinden der Betriebsrätewahlen auf ein Jahr hinauszuschieben, welchem Ansinnen auch die Brüning-Regierung entgegenkommen war.

Die Betriebsrätewahlen 1933 müssen im Zeichen der Einheitsfront aller Kollegen stehen, ehrlich gewillt sind, gegen Hunger und Ausbeutung zu kämpfen.

Die Fronten sind klar. Es geht bei diesen Wahlen

darum, daß die Wehagarbeiter eine Entscheidung treffen zwischen dem Weg, den Nazis und reformistische Gewerkschaftsführer und Betriebsräte bisher, wie überall so auch bei der Wehag gegangen sind, oder ob sie den Weg des Kampfes wollen gegen Lohnabbau, gegen weitere Entlassungen, gegen alle Arbeitsverschlechterungen.

Der erste Weg ist der Weg des sechsmaligen Lohnabbaues an den Wehag-Proleten in den letzten zwei Jahren. Ist der Weg der Massenentlassungen im Jahre 1931, ist der Weg des Lohnabbaues durch Arbeitszeitverkürzung und Abzug der Kopfsteuer, ist der Weg der Tolerierung der Notverordnungspolitik Brünings, Papens und Schleichers, ist der Weg des immer stärker werdenden faschistischen Kurses des deutschen Trustkapitals.

Der zweite Weg ist der der roten Einheitsfront der Arbeiterklasse, des Kampfes, der Weg, den die revolutionäre Gewerkschaftsopposition weist den Weg, auf dem die Papen-Regierung mit ihren Notverordnungen geschlagen wurde durch die siegheste Kraft der Arbeiterklasse.

Die Gewerkschaftsbürokratie war seit Beginn der Betriebsrätebewegung stets bestrebt, die Rechte der Betriebsräte einzuschränken und aus den Betriebsrätekörperschaften Instrumente der herrschenden Klasse zu machen. Ganz im Sinne des Unternehmertums sollen die Betriebsräte dafür sorgen, daß die Betriebe nicht „beunruhigt" werden.

Was aber beunruhigt die Betriebe?

Wehag-Kollegen, urteilt selbst, der Schleicher-Kurs spannt sowohl den gewerkschaftlichen Flügel der Nazibewegung als auch die Gewerkschaften selbst immer mehr in die Durchführung der faschistischen Politik der Bourgeoisie ein, um den Widerstand der Massen zu brechen.

Der Führer des ADGB, Theodor Leipart, hat mit dem General Schleicher verhandelt und ihn als den „sozialen" General hingestellt, dessen Programm die Gewerkschaften keinen Widerstand entgegensetzen werden.

Wie Leipart, der Führer des ADGB, im großen, führen seine Unteroffiziere in den Betrieben, wie z. B. Seelig bei der Wehag im kleinen die Pläne der herrschenden Klasse durch.

Wehag-Kollegen, eure Lohntüte spricht eine lebendige Sprache!

Viermal Lohnabbau im Jahre 1931, zweimal Lohnabbau im Jahre 1932, Verschlechterungen auf allen Arbeitsgebieten, Massenentlassungen und Arbeitszeitverkürzungen in allen Betrieben, das ist das Ergebnis der Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Spitzen der Betriebsräte, der Seelig und Kompanie.

Erst jetzt hat Selig im Interesse der Verwaltung bei den Straßenbahnern wieder eine Urlaubsverschlechterung durchzudrücken versucht. Die Kollegen von der Straßenbahn haben ihm die richtige Antwort gegeben. Es gibt aber noch mehr Seeligs in den Wehagbetrieben. Auf der Grube „Karl Ernst" haben die Kameraden schon einige solcher Seeligs abgehängt und an die Spitze ihres Betriebsrates Kollegen gestellt, die das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit genießen.

Es gilt Schluß zu machen mit der Politik der Reformisten, die die Wehag-Arbeiter verraten und verkauft haben, die rücksichtslos den Rive-Kurs durchführten und die Einheit der Kollegen in der Wehag vereitelten.

Wir wollen eine Einheitsliste auf der Grundlage eines Kampfprogrammes. Eine Einheitsliste, nicht ausgeheckt in den Büros der Gewerkschaftsbürokratie.

Betriebsvertrauensleute und Betriebsdelegierte haben die Vorschläge gemacht. Alle Kollegen sollen sich in den einzelnen Betrieben zu den Kandidaten äußern.

Wir versammelten oppositionellen Kollegen der Wehag in den freien Gewerkschaften, in der RGO und der gewerkschaftlich Nichtorganisierten wenden uns mit diesem Aufruf an euch alle! Diskutiert in den Betrieben unsere Kampfforderungen, die betrieblich ergänzt werden müssen. Jedes Kollege weiß, wo ihn der Schuh drückt. Wir schlagen vor, die Kampfmobilisierung bei den Betriebsrätewahlen der Wehag im Zeichen folgender drei Hauptforderungen durchzuführen:

1. Gegen jeden Pfennig Lohnabbau und jede Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses.
2. Gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich.
3. Für die Rückeroberung der geraubten Löhne und für die Durchsetzung der in den Betrieben aufzustellenden Einzelforderungen.

Wehagarbeiter, Freigewerkschaftler, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, erkennt, daß nur die Geschlossenheit im Kampf um Lohn und Brot der Arbeiterschaft helfen kann. Schluß mit den Reformisten, Schluß mit den Nazis, die euch belogen und betrogen haben. Her zur Einheitsfront! Alle Stimmen am 13. Januar in den Wehagbetrieben für die Einheitsliste!

Halle, den 21. Dezember 1932.

Die Konferenz der oppositionellen Wehag-Arbeiter.

Bezirkskongreß der Erwerbslosen

am 7. und 8. Januar

Wie uns vom Bezirksausschuß der Erwerbslosen mitgeteilt wird schon eine große Anzahl Meldungen für den am 7. und 8. Januar in Halle stattfindenden Bezirkskongreß der Erwerbslosen eingelaufen. Es fehlen aber noch viele. Vor allem ist es unbedingt notwendig, im Interesse des Erfolgreichen Kampfes der Arbeiterschaft, daß auch die Erwerbslosenschaften zu diesem Kongreß Stellung nehmen und Delegierte wählen, um die Verbundenheit des Kampfes der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen zum Ausdruck zu bringen und fester zu gestalten.

Meldungen von Delegierten sind sofort an die Adresse zu richten: Willy Kunz, Halle a. S., Königstraße 14.

Nur der „Klassenkampf"

ist der Kampfgenosse aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Kämpft gegen Lohnraub und Faschismus.

Darum werde Abonnent!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0005

HALLE

Dienstag, den 27. Dezember 1932.

Verstärkt den Kampf gegen die Kulturreaktion

Die Pestalozzi-Hilfsschule am Böllberger Weg wird bei allen Gelegenheiten als ein Muster pädagogischen Schulfortschrittes angepriesen. Die diese Schule besuchenden bedauernswerten Kinder der Werktätigen sind jedoch vollkommen den christlichen „Kultursegnungen" der Leitung und des Elternbeirates ausgeliefert. Die Mehrzahl der Arbeiteretern bekommen heute ja als Wohlfahrtsunterstützungsempfänger den besten Anschauungsunterricht über den christlichen Staat. Die Kinder werden aber in einem den der Eltern vollkommen entgegengesetzten Standpunkt erzogen.

Daß die SPD auch hier als Schrittmacher der Reaktion tätig ist, kann bei ihrer ganzen Politik nicht weiter verwundern. Die Arbeiterschaft aber muß diesen Verrat erkennen, um daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und den Kampf gegen Kulturreaktion und Arbeiterverrat der SPD besser führen zu können.

Bei der Elternbeiratswahl wurde die von der KPD eingereichte Liste wegen formaler Kleinigkeiten zurückgewiesen. Es stand deshalb nur die Liste der SPD und die christlich unpolitische Liste zur Wahl. Die SPD-Liste erhielt eine große Mehrheit. Diese Mehrheit wurde aber nicht ausgenutzt,

sondern die gewählten SPD-Elternbeiräte lassen sich zu den Sitzungen einfach nicht mehr sehen, so daß die Christlich-unpolitischen alle Funktionen besetzen konnten.

Nachträglich versuchte die SPD die KPD-Kandidaten als Klassenvertrauensleute in den Rahmen der Kulturreaktion einzuspannen. Das wurde abgelehnt. Vor kurzer Zeit fand nun in der Aula eine Elternversammlung statt, die mit allen Mitteln kirchlicher Beeinflussung aufgezogen war. So versuchte man die Armut als „Gottesgeschenk" zu illustrieren. Als eine empörte Arbeiterfrau eine Aussprache der Eltern forderte, erlaubte sich der christliche Vorsitzende Krüger die Bemerkung, **„das kommt überhaupt nicht in Frage!"**

Zweifellos werden bei der Wahl auch revolutionär eingestellte Arbeiteretern für die SPD-Liste eingetreten sein in dem Glauben, daß deren Kandidaten auch ihre Forderungen vertreten würden. Es hätte also ein viel zäherer Kampf gegen die Zurückweisung der KPD-Liste geführt werden müssen. Aber auch jetzt dürfen die klassenbewußten Arbeiteretern sich nicht zurückweisen lassen, sondern gerade auf Grund der vorliegenden Tatsachen die Arbeiteretern zu mobilisieren versuchen. Auch im Kampf gegen die Kulturreaktion muß alles getan werden, um die Bewegung in roter Einheitsfront in der Mobilisierung der gesamten Arbeiterschaft vorwärts zu treiben.

Keine Stadt braucht soviel Heringe wie Halle!

In der Ausgabe vom Donnerstag beschwerte sich die Saale-Tante über die Abwanderung des Karpfengroßhandels von Halle. Das Saalewasser sollte die Schuld daran tragen. Gleichzeitig aber wird bedauert, daß die Preise für Karpfen gesunken wären, und zwar vor allem durch die preisdrückende Einfuhr dieses ausgezeichnet schmeckenden Fisches. Natürlich ist Karpfen, trotz der gesunkenen Preise, nur ein Leckerbissen für einen bestimmten Kreis. Im Zusammenhang damit stellt deshalb die Saale-Tante fest:

„Auffallend ist in diesem Jahr in Halle die Nachfrage nach Heringen. Heringssalat ist ein Nationalgericht der Hallenser und keine Stadt Mitteldeutschlands hat einen so ungeheuren Verbrauch an Heringen wie Halle. Eigentlich sollte Heringssalat erst zu Silvester bereitet werden, aber der Hallenser kann es eben nicht erwarten."

Es dürfte wohl weniger von dem „erwarten" abhängen als von der Tatsache, daß der Hering heute noch, wenigstens vorläufig, ein billiges Nahrungsmittel darstellt, daß Hering wahrscheinlich für Tausende von Proleten den „Festbraten" gestützt hat. Das Stahlhelmorgan aber glaubt, auf diese Weise besonders humorvoll zu sein. Die Proleten werden darauf die Antwort geben müssen!

Die Unterschlagungen in der IG-Farben-Betriebskrankenkasse

Am Donnerstag stand der ehemalige Kassierer der IG-Betriebskrankenkasse Wolfen, Walter Hirschfeld, vor der 2. Strafkammer in Halle. Er hatte gegen ein Urteil des Bitterfelder Gerichtes vom 2. November 1932 Berufung eingelegt. Damals wurde er zu zwei Jahren Gefängnis wegen fortgesetzter Unterschlagung verurteilt. Das war ihm anscheinend zu hoch. Doch die Berufung nutzte ihm nichts, sie wurde verworfen.

H. war seit 1926 Kassierer der Betriebskrankenkasse. Vorher war er Angestellter der IG-Wolfen gewesen. Als Kassierer verdiente er pro Monat 300 Mark. Doch damit kam er nicht aus, weil er keine Werkswohnung hatte und außerdem keine bezahlten Ueberstunden machen konnte. H. hat im Laufe der sechs Jahre seiner Kassiertätigkeit rund 28 000 Mark unterschlagen, und als im Sommer 1932 eine plötzliche Revision stattfand, nahm er sich 200 Mark aus der Kasse und verschwand nach der Schweiz. Doch schon nach vier Wochen kehrte er reumütig zurück und stellte sich der Polizei, denn die 200 Mark waren ausgegangen.

Die 28 000 Mark hatte H. bei Pferderennen verwettet. Er bestreitet allerdings, aus Wettleidenschaft gehandelt zu haben. Er wollte nur einen großen Schlag machen, der ihm durch das Dazwischenkommen der Revision vereitelt wurde.

Der Verteidiger des H. leistete sich bei der Verteidigung seines Mandanten die Bemerkung: „Ich bitte zu berücksichtigen, daß durch H. keine kleinen Leute geschädigt wurden, sondern nur der große IG-Konzern. Und der kann doch 28 000 Mark ohne weiteres verschmerzen, und außerdem hat ja der Staat an H.s Wetten verdient; für jeden Einsatz erhält doch der Staat 20 Prozent an Steuern!" Auch dieser gute Witz des Verteidigers half H. wenig. Seine Berufung wurde trotzdem verworfen!

Besucht die „Masch"

Die Hochschule der Werktätigen

Die „Ankurbelung" ist steckengeblieben

Die Zahl der Arbeitsuchenden beim Arbeitsamt Halle auf über 60 000 gestiegen — 2500 Zunahme in den letzten 14 Tagen

Nach einem Bericht des Arbeitsamtes Halle für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember ist die Zahl der Arbeitsuchenden von 57 865 auf 60 313, also um rund 2500 gestiegen. Von diesen Arbeitsuchenden erhielten 15 301 Unterstützung vom Arbeitsamt, davon ganze 5051 Arbeitslosenunterstützung und 10 250 Krisenunterstützung. Alle übrigen, rund 45 000, dieser Arbeitsuchenden sind auf die „Wohlfahrt" angewiesen oder erhalten überhaupt keine Zuwendungen. In Halle selbst betrug die Zahl der Arbeitsuchenden 26 804, darunter 5015 weibliche.

Fortgesetzt steigende Arbeitslosenziffern, das ist so das Ergebnis des großen Papenschen Programms der „Ankurbelung der Wirtschaft". Da wurden Steuergutscheine ausgegeben, den Unternehmern große finanzielle Vorteile versprochen, Tag für Tag registrierte die bürgerliche Presse, wie und wo und in welchem Umfange Einstellungen erfolgt wären und nun zeigt sich in den steigenden Erwerbslosenziffern das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung. Vor allem haben Entlassungen in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der sogenannten Industrie der Steine und Erden stattgefunden. Selbst die Reichsbahn hat die bereits vorgesehenen Maßnahmen für Arbeitsbeschaffung eingeschränkt und wieder Proleten auf die Straße geworfen. Die Zurückziehung von Aufträgen seitens der Reichsbahn hat weiter dazu geführt, daß in mehreren Betrieben Arbeiter zur Entlassung kamen.

Entlassungen haben aber auch stattgefunden in der Industrie selbst, in den Braunkohlenwerken usw. Das von der Papen-Regierung und seinen Nachfolgern erhoffte Weihnachtsgeschäft, das mit zur Ankurbelung beitragen und vor allem zur Beschäftigung einer größeren Zahl von Arbeitern und Angestellten führen sollte, ist ausgeblieben. Es steht wohl heute schon fest, daß die kommenden Wochen ein noch weiteres Ansteigen der Erwerbslosenziffern bringen werden. Da ist jetzt ein besonderes Kommissariat für Arbeitsbeschaffung eingerichtet. In der Funkrede Schleichers wurde verkündet, daß Arbeitsbeschaffung die wichtigste Aufgabe des Kabinetts sein sollte. Die bis jetzt getroffenen Maßnahmen jedoch bereits mit aller Deutlichkeit — und das wird durch die Zahlen bestätigt —, daß die Arbeiterschaft auch von diesen Versprechungen keinerlei Erleichterungen erwarten darf.

Das SPD-Volksblatt, das diese aufreizenden Zahlen unter der Ueberschrift: „Traurige Weihnachten" veröffentlicht, schreibt gewissermaßen abschließend:

„Das eine steht ein für allemal fest, die letzte Chance des Privatunternehmertums in der Wirtschaftsankurbelung ist dahin und der einzige Ausweg ist der Sozialismus — man mag sich noch so sehr vor ihm sperren."

Das ist gewissermaßen so der Appell an die Schleicher-Regierung, jetzt auf dem schnellsten Wege den Sozialismus zu verwirklichen. Die Erklärungen der SPD-Führer, der Leipzig Genossen haben ja mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß sie die Maßnahmen dieser Regierung mit allen Mitteln zu unterstützen bereit sind. Jene Maßnahmen also, die natürlich nicht zum Sozialismus führen, sondern die nur darauf berechnet sind, das faule, morsche kapitalistische System durch eine noch schamlosere Ausbeutung der Arbeiterklasse aufrecht zu erhalten.

Erst der Sozialismus wird wieder die stillgelegten Betriebe in Gang setzen, den Erwerbslosen Brot und Arbeit geben können. Der Sozialismus aber muß erkämpft werden und deshalb der Appell an alle Arbeiter, an alle Klassengenossen, mitzukämpfen in der roten Einheitsfront gegen Hunger und Frost, gegen den Faschismus, für eine sozialistische Gesellschaftsordnung!

80 Mann konnten das Kirchtor verlassen

Das „Volksblatt" ist besorgt um die Füllung der leeren Zellen — Wir kämpfen um die Freilassung der noch eingekerkerten Genossen!

Nach bisher vorliegenden Berichten sind in den letzten Tagen aus dem Strafgefängnis am Kirchtor rund 80 Gefangene entlassen. Eine größere Anzahl von Entlassungen steht aber auch hier noch bevor. Wenn auch angekündigt wurde, und immer wieder betont wird, daß möglichst weitherzig verfahren werden soll, so steht doch heute schon fest, daß eine Anzahl proletarischer Kämpfer noch länger in den Gefängnissen und auch im Kirchtor bleiben sollen. Die werktätige Bevölkerung wird alle Kräfte einsetzen müssen, um auch diesen eingekerkerten Klassengenossen die Freilassung zu erkämpfen.

PARIS-BERLIN

Unser Kampf gegen Versailles für soziale u. nationale Befreiung

Kampfreden und Dokumente der Kommunisten Deutschlands und Frankreichs.

68 S. 20 Pfg.

Auch das „Volksblatt" beschäftigt sich mit diesen Auswirkungen der Amnestie und erzählt: „Rund 150 Gefangene schreiten durch das „Kirchtor" in die Freiheit". Die „Freiheit" näher zu kennzeichnen müßte ein Kapitel für sich sein. Interessant ist aber, was die SPD-Bürokraten noch sonst dazu zu sagen wissen. Das „Volksblatt" schreibt:

„In der Strafanstalt am Kirchtor, die bisher etwa 700 Gefangene beherbergte, ist nun mit einem Schlage eine große Zahl Zellen frei geworden. Die Folge wird sein, daß nun die rechtskräftig Verurteilten, nicht unter die Amnestie fallenden Gesetzesverächter schon nach kürzerer Zeit als bisher zur Strafverbüßung aufgefordert werden."

So kann jene Gesellschaft es schon gar nicht mehr erwarten, daß die Zellen des „Roten Ochsen" sich wieder füllen sollen. Sie sind ja die Befürworter dieser kapitalistischen „Ordnung", die Tausende von Menschen zu Verzweiflungstaten zwingt, zu Menschen, die sie dann, wenn sie sich gegen das Gesetz „vergehen", zu Verbrechern stempeln möchte. „Gesetzesverächter" nennt die „Volksblatt"-Redaktion solche Proleten. Daß bei dieser Einstellung das Amnestiegesetz als ein sehr gutes Gesetz dieses Reichstages bezeichnet wird, daß es ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf sei, der damit vermirklicht wäre, wird in einem besonderen Artikel hervorgehoben. Die Arbeiterschaft hat aber nicht vergessen, daß die Sozialdemokraten im Reichstage und im Preußenparlament die weitgehenden Amnestieforderungen der Kommunisten durch ihr Verhalten, durch ihre Sabotage in der konsequenten Fortsetzung ihrer Tolerierungspolitik zu Fall gebracht haben. Die werktätige Bevölkerung weiß, daß ohne den fortgesetzten Kampf der revolutionären Bewegung um die Befreiung der proletarischen Klassenkämpfer ein derartiges Gesetz niemals verwirklicht wird und deshalb gilt es in revolutionärer Front den Kampf um die Befreiung aller unserer Klassengenossen weiterzuführen.

Das alles im Zeichen der „Winterhilfe"

Wohlfahrtsunterstützungsempfänger werden zum Betteln und zum Beten angehalten — Für alte Klamotten wird auch noch Arbeit verlangt!

Wochenlang wurde mit allen möglichen Mitteln im Zeichen der „Winterhilfe" geschnorrt. Die gesammelten Klamotten sind jetzt den religiösen Vereinen, Missionen usw. überwiesen. Es beginnt das Verteilen, aber wie dies geschieht, das ist eine Sache für sich!

Ein alter parteiloser Arbeiter, der sich nur noch mit Hilfe von zwei Stöcken mühsam vorwärts bewegen kann, erhielt von einem Pastor einen Ausweis für die überchristliche Stadtmission, wo er Kleidungsstücke erhalten sollte. Trotz dieses Ausweises sollte der 70jährige Mann aber erst eine Beichte über seine „Vermögens"-Verhältnisse ablegen. Außerdem wurde der Krüppel aufgefordert, für die ihm angebotenen zusammengebettelten Gegenstände Holz zu hacken oder eine Mark in bar zu bezahlen. Als der auf diese Weise behandelte Vaterlandskrüppel seinen Ausweis zurückforderte, erhielt er das Gewünschte wirklich gratis, aber erst, nachdem er sich erst noch an einen zweiten Pastor gewandt hatte.

Besondere Methoden wendet man in der „Wohlfahrt" gegen die minderjährigen Unterstützungsuchenden an. Mit gelindem Druck wird versucht, sie der alleinseligmachenden Kirche zuzutreiben, weil dies „oben" gern gesehen wird.

Die Adressen dieser jungen Schäflinge der Tante werden den zuständigen Stellen überwiesen, und so erhielt auch dieser Tage ein armer junger Mensch, ein Jungkommunist, einen Besuch, der mit ihm über Anschluß an die Kirche zu verhandeln suchte. Er war aber an die falsche Adresse gekommen und der Jungkommunist zeigte, daß er auf derartige christliche Almosen verzichtet. Es ist schon so: die Unterstützungen kommen in der Hauptsache denjenigen zugute, die sich brav zu bücken verstehen und zu allem ja und amen sagen.

Ein alter Sozialrentner, der von der Fürsorgerin an die Stadtmission auf dem Weidenplan verwiesen wurde, sollte dort eine Hose erhalten. Er wurde mit der Bemerkung abgewiesen, er stände noch in gehobener Wirtschaftslage, es gäbe andere Leute, die monatlich nur 8 Mark zu verleben hätten. Als man ihn dann noch weiter abfertigte mit der Aufforderung, er solle sich an die Kirchengemeinde in seinem Wohngebiet wenden, da wurde es dem Sozialrentner zu bunt und er schleuderte dieser Gesellschaft seine Empörung ins Gesicht. Wahrscheinlich muß jeder, der von der Bourgeoisie abgelegte Klamotten erhalten will, erst ein Probegebet ablegen.

Schon monatelang kämpft ein Wohlfahrtsunterstützungsempfänger um ein paar notwendige Kleidungsstücke. Die ganze Zeit über wurde er vertröstet auf die sogenannte Winterhilfe. Es fehlt an Wäsche, an Strümpfen, die für einen alten Menschen unentbehrlich sind. Bei einer Gelegenheit erlaubte sich eine Wohlfahrtsdame den Ausspruch: „Wir wollen dem Herrn keine Sachen nur bewilligen, sonst bringt er uns in den Klassenkampf". Einige Sachen wurden dann auch ausgehändigt.

Inzwischen sind wieder vier Wochen vergangen. Weitere Stücke sollten noch gegeben werden. Bedürftigkeit ist anerkannt und die Lieferung zugesagt. Mahnungen sind ergebnislos geblieben. Handelt es sich hier um einen christlichen Racheakt wegen des Berichtes?

So hat die „Winterhilfe" jetzt einer Genossin nach harmlosem Kampf einen Mantel gegeben, aber vorher hatte der Mann der Genossin sich schon bei der Oberwohlfahrtsdame für die Mantelschleppte Anweisung „bedankt". Dieser „Dank" war natürlich gemeint. Schon sollte der Betreffende polizeilich entfernt werden, aber schließlich wurde dann auf die eingelegte Beschwerde hin der Mantel ausgehändigt.

Im übrigen kursiert unter den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern das Gerücht, daß die besagte Wohlfahrtsdame eine Pastorstochter sein soll, die ein gutes Gehalt und deren Bruder noch 400 Mark Pension erhält. Wie kann eine solche Dame sich mitfühlen mit der Not, die bei den Aermsten herrscht? Dann ist es zu verstehen, daß alle Methoden angewandt werden, um die Unterstützungsuchenden abzuschieben. Die Worte der Christen jener Sippen triefen bei jeder Gelegenheit von christlicher Liebe usw., aber in ihren Taten zeigen sie, daß sie Vertreter des kapitalistischen Systems sind, das Millionen von Menschen Elend und Not verursacht hat. Mit diesem System aufzuräumen ist die große Aufgabe, die vor der Arbeiterklasse steht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0006

Arbeiter-Sport

Noch eine Ohrfeige für Schwindel-Voigt

Sportverein „Jüdat"-Leipzig und Vf. Wassersport-Siegmar, Mitglieder des ATuSB, fordern den Ausschluß von Schwindel-Voigt und wenden sich gegen das Verhalten der Bundesleitung!

Immer besser durchschauen die Mitglieder des ATuSB die gemeinen Methoden der Bundesbürokratie. Wenn die Bundesbürokratie jetzt glaubt, mit Betrügern, wie Schwindel-Voigt, den Zusammenbruch aufzuhalten, so irrt sie sich. Die Mitglieder des ATuSB wenden sich mit Abscheu von solchen Methoden. In der letzten Nummer des „RSS" nannten wir bereits die Resolution des Vereins für Wassersport Siegmar u. Umg., die den Ausschluß von Schwindel-Voigt forderte, veröffentlichen. Heute ist uns folgende Resolution zugegangen:

Die am 10. 12. 32 versammelte Mitgliedschaft des Sportvereins „Jüdat"-Leipzig, Mitglied des ATuSB, protestiert aufs schärfste gegen die Aufnahme des von der KG für rote Sporteinheit wegen Unterschlagung ausgeschlossenen Hans Voigt. Die Mitgliedschaft wendet sich entschieden gegen das Verhalten der Bundesleitung, die die Lügenartikel des Hans Voigt in unsere gesamte Sportpresse bringt und damit gegen die revolutionären Sportler Stimmung zu machen sucht. Wir weisen darauf hin, daß Hans Voigt in seinem Brief vom 14. 9. 32 an die KG selbst zugab, 160.— Mark zu schulden (lies unterschlagen zu haben). Wir protestieren gegen die Aufnahme eines solchen Menschen und fordern seine sofortige Entfernung aus dem Bund.

Dieser Entrüstungssturm gegen Schwindel-Voigt und Gellert muß gesteigert werden. Sporttreibende Arbeiter, Genossen des ATuSB, nehmt entschieden Stellung. Macht den Weg frei zur Herstellung der roten Sporteinheit.

Für Wintersportler war Weihnachten kein Wetter. Der Andrang auf den Bahnhöfen zeigte wenig proletarische Sportler; die Wirtschaftskrise mit ihren finanziellen Auswirkungen verhindert sie an der Ausübung ihres Sportbetriebes.

Heraus zum Mitteldeutschen Einheitskongreß und zur 4. Landeskonferenz am 4. u. 5. Februar

Am 4. und 5. Februar 1933 führen wir unsere 4. Landeskonferenz in Halle a. S. in Verbindung mit einem Einheitskongreß der sporttreibenden Arbeiter durch. Es macht sich notwendig, daß alle Vereine mit folgenden Aufgaben vertraut zu machen:

Die Durchführung ist so geplant, daß am 4. Februar die Gauentagungen und die Landeskonferenz der Kampfgemeinschaft durchgeführt werden. Der Einheitskongreß findet am Sonntag, den 5. Februar, unter Teilnahme aller KG-Delegierten und der von den reformistischen, bürgerlichen und sog. „wilden" Vereinen gewählten Delegierten statt. Jeder Vereinsvorsitzende hat sofort eine Versammlung des Vereins anzuberaumen, die zu folgenden Aufgaben Stellung nehmen muß.

a) Zur Sparten- und Landeskonferenz

Jeder Verein und jede Sparte wählt bis zu 50 Mitgliedern zu Delegierten. Auf jede weiteren angefangenen 50 Mitglieder entfällt ein weiterer Delegierter, und zwar für jede Sparte.

Beispiel: Der Verein A hat 70 Mitglieder in drei Sparten. Er wählt somit für jede Sparte einen, also drei Delegierte. Der Verein B hat 80 Mitglieder bei einer Sparte. Er kann nur zwei Delegierte wählen und entsenden.

Alle Delegierten sind bis zum 20. Januar der Landesleitung zur Benutzung der den Vereinen zugestellten Meldescheine zu melden. Die gemeldeten Delegierten werden auf die Quartiere zu Hause aufgeteilt. Später gemeldete Delegierte erhalten kein Quartier. Also meldet rechtzeitig.

Die Finanzierung der Delegierten hat jeder Verein aufzubringen. Die Landesleitung wird, um den Vereinen die Aufbringung der finanziellen Mittel zu erleichtern, Kongreßmarken zu 8 Pf. herausgeben.

Davon verbleiben den Vereinen pro Marke 8 Pf., die zur Registrierung der Delegierten Verwendung finden dürfen. Die restlichen 2 Pf. sind zur Deckung der Herstellungs- und Versandkosten an die Landesleitung abzuführen.

Eventuelle Anträge der Sparten, Vereine und Bezirke müssen sich bis zum 15. Januar der Landesleitung zugestellt werden. Später eingesandte Anträge müssen, sofern sie auf der Konferenz behandelt werden sollen, von wenigstens 15 Delegierten unterzeichnet sein. Diese Unterzeichnung und Einbringung solcher Anträge kann auf der Konferenz erfolgen.

b) Einheitskongreß

Unser sportpolitischer Einfluß ist bedeutend stärker als unsere Organisationsbasis es zeigt. Diese Situation muß benutzt werden, um unter Anwendung unserer richtigen Einheitsfrontaktik,

auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes zur Sicherung der materiellen Basis unseres Sportbetriebes auch weitere, größere Erfolge zu erzielen.

Jeder Verein ist daher verpflichtet, aus den am Orte oder der Umgebung vorhandenen bürgerlichen und Bundesvereinen sowie aus den sog. „wilden" Vereinen, den Betrieben und Arbeitsdienstlagern Delegierte zum Einheitskongreß mitzubringen. Bearbeitet jedes einzelne Mitglied dieser Vereine, agitiert und werbt bei ihnen, besucht ihre Mitgliederversammlungen. Dann werden wir überall zur Wahl von Delegierten zum Einheitskongreß gelangen. Auch diese Delegierten sind sofort zu melden.

Unsere Losung: Jeder Verein einen Delegierten aus diesen Organisationen zum Einheitskongreß!

Sportgenossen! Wenige Wochen trennen uns von unserer 4. Landeskonferenz und dem Mitteldeutschen Einheitskongreß. — Wollen wir unsere Konferenz zu einem Marksteln in der Entwicklung der roten Sporteinheit gestalten, dann setzt alle eure volle Kraft in den Dienst der Vorbereitung und Organisierung dieser Konferenzen.

Eine neue Sendung Kalender

ist eingetroffen.

Gebt sofort Bestellungen auf bei der Landesleitung der KG-Mitteldeutschland, Halle a. S., Waisenhausring 3 pt.

Großkampfabend in Nordhausen

Stühlingen" Freiburg schlagen „Sparta 31" nur knapp 17:15

Sparta 31 veranstaltete einen Ringkampfabend, der guten Besuch brachte. Als Gegner waren die Stühlinger Freiburg, die zur Reichstournee befanden, verpflichtet. Die Freiburger stellten eine durchweg gute Mannschaft, welche aber durch die vielen Blessuren und Verletzungen in ihrer Kampfkraft behindert waren. Den eigentlichen Kämpfen fand ein Heberduell zwischen dem Landesmeister H. Bindernagel-Sangerhausen und K. Heck-Nordhausen statt. Diesen Kampf gewann Heck mit 240 zu 191 Punkte. Beide zeigten hervorragende Leistungen, die die volle Sympathie des Publikums fanden. Im einarmigen Reißen brachte es jeder auf 136 Pfund, im beidarmigen Stoßen brachte Heck (Körpergew. 133 Pfund) auf 222 Pfund und Bindernagel (Körpergewicht 122) 215 Pfund zur Hochstrecke.

In der ersten Runde siegte Freiburg mit 9:7.

Die zweite Runde konnte Sparta unentschieden 8:8 gestalten. Fliegengewicht: Dorge—Achtstetter, beide Runden Sieger Achtstetter. Bantamgewicht: Meier—Unold, Sieger Unold in beiden Runden. Federgewicht: Bindernagel—Bernauer, erste Runde unentschieden, zweite Runde Sieger Bindernagel. Leichtgewicht: Strauß—Gutfried, erste Runde unentschieden, zweite Runde Sieger Gutfried. Weltergewicht: Heck—Beck, Sieger in beiden Runden Heck. Mittelgewicht: Liesegang—Kirner, Sieger Kirner in beiden Runden. Halbschwergewicht: Schneider—Würgel, erste Runde unentschieden, zweite Runde Sieger Schneider. Schwergewicht trat nicht an, so daß Sparta die Punkte kampflos gewann. Die Erstgenannten sind die Nordhäuser. Der Abend verlief im Sinne der roten Sportbewegung.

Gesellschaftsspiele der roten Fußballer

Sportbrüder 1—Eisleben 1 3:2, zweite 4:2; Ammendorf 1—93-Weißenfels 1 2:3, zweite 1:4, dritte 2:1, vierte 1:2, Schüler 1:1; Ammendorf 1—Wörmlitz 1 2:1, zweite 4:2, Ammendorf 4—Wörmlitz 3 0:1, Ammendorf 5—Pötnitz 5:3; Zörbig 1 spielte in Köthen und gewann 3:1, zweite 2:2, dritte 1:4; Viktoria 1 gegen FSV 1 4:2; Giebichenstein 1—FSV 1 11:1, zweite 3:6, Giebichenstein 3 gegen Bruchdorf 3:4; SFB-Merseburg 1—Bad Dauchstädt 1 9:2, zweite 3:0; Blau-Weiß 2—Passendorf 1 1:3. Dritte 13:0, Blau-Weiß Schüler—Sportbrüder 4:2.

Handball.

Ammendorf 1—Wörmlitz komb. 8:3.
Weitere Resultate gingen nicht ein.

HFC-Minerva 99. Am Sonntag, dem 8. Januar 1933, findet unsere fällige Jahreshauptversammlung im Vereinslokal, 17 Uhr, statt. Anträge sind bis zum 1. Januar 1933 beim Genossen Weinrich abzugeben.

Bürgerliche Schützen und Reichswehr

„Deutsche Schützen-Zeitung", das offizielle Organ des Deutschen Schützenbundes, bringt in ihrer Ausgabe vom 2. Dezember 1932 interessante Notiz. Danach findet am 29. Januar 1933 ein Wettkampf zwischen den Kameraden der Reichswehr und den „Mitgliedern des Berliner Bundes" statt. Dieser Wettkampf hat die Genehmigung des Kommandeurs von Berlin erfahren und erstreckt sich auf Wettkämpfe mit dem Armeegewehr und dem Wehrmannsgewehr Modell 98. Welchen Zwecken dieser Wettkampf dienen soll, erläutert der Bundessportleiter in der angeführten Nummer der „Deutschen Schützen-Zeitung", indem er ausführt, daß der Berliner Bund hofft,

daß die Beziehungen zwischen zwei Trägern des Kameradschaftsgedankens, zwischen der Reichswehr und dem Berliner Schützenbunde, für alle Zeiten zu einem hervorragenden Mittel der Förderung deutscher Wehrhaftigkeit ausgestalten mögen."

Geschieht natürlich im Zeichen der angeblichen Neutralität. Im Zeichen des Reichskuratoriums ist dieser Wettkampf Förderung der Durchführung der Pläne und Ziele der Jugendpflege.

Den Arbeitern in den bürgerlichen Schützenverbänden, die sie dort spielen sollen, gewinnt sie für die Klassenfront des Kuratoriums, für die antisozialistische Sportfront.

Serienspiele der roten Fußballer

ASC-Halle 1—Sportbrüder 1 3:6; Brachstedt 1—Teicha 1 1:11, zweite 3:1, Friedrichschwerz 1—Minerva 1 1:7, Minerva 2—Lettin 29 6:3, Minerva 3 gegen Gröbers 3 3:1; Bruchdorf 1—Brachwitz 1 10:0, zweite 5:0; Lettin 1 gegen Blau-Weiß 1 4:1, zweite 6:1; Reideburg 1—Wöglitz 1 9:1; Wörmlitz 1 gegen Gröbers 1 2:4, zweite 8:2; Diemitz 1—Fortuna 1 8:7; Sportlust Nd. gegen Reideburg 6:0; ASV-Halle 1—Cölme 1 2:5, ASV-Halle 2—Pötnitz 2 1:4.

Tabelle der 1. Klasse der Fußballer Bezirk Halle

1. Gruppe.

Vereine	Spiele	gewonn.	unentsch.	verl.	Punkte	Tore
Teicha	10	8	—	2	68:18	16:4
Ammendorf	10	6	1	3	29:20	13:7
Atlas	10	5	—	5	22:00	10:10
Asturia	10	3	3	4	18:17	9:11
ASC-Halle	11	4	2	5	37:37	11:12
Sportbrüder	10	2	2	6	24:48	6:14
Brachstedt	10	—	4	6	19:51	4:16

2. Gruppe.

Vereine	Spiele	gewonn.	unentsch.	verl.	Punkte	Tore
Minerva	8	6	1	1	35:16	13:3
Zörbig	8	6	1	1	32:17	13:3
Bruchdorf	9	6	—	3	33:17	12:6
Giebichenstein	8	2	2	4	16:16	6:10
Friedrichschwerz	8	2	—	6	14:30	4:12
Brachwitz	8	1	—	7	15:36	2:14

3. Gruppe.

Vereine	Spiele	gewonn.	unentsch.	verl.	Punkte	Tore
Dessau	9	9	—	—	39:9	18:0
Sportlust	9	6	—	3	32:19	12:6
Lettin	11	7	—	4	43:20	14:8
Viktoria	10	5	2	3	26:24	12:8
Ostau	9	2	1	6	18:47	5:13
Blau-Weiß	11	3	1	7	34:37	7:15
Wegmar	9	—	—	9	13:50	0:18

4. Gruppe.

Vereine	Spiele	gewonn.	unentsch.	verl.	Punkte	Tore
Cröllwitz	9	8	—	1	34:18	16:2
Gröbers	10	8	1	1	39:15	17:3
Reideburg	9	4	3	3	26:18	10:8
Wörmlitz	10	2	3	5	17:22	7:13
Wöglitz	10	2	2	6	17:36	6:14
Könnern	10	1	1	8	16:41	3:17

5. Gruppe.

Vereine	Spiele	gewonn.	unentsch.	verl.	Punkte	Tore
Fortuna	10	9	1	—	49:22	19:1
Trotha	9	5	2	2	28:18	12:6
Reinsdorf	9	5	—	4	24:34	10:8
FSV-Halle	10	3	4	3	28:22	10:10
Diemitz	9	3	2	4	22:23	8:10
Löbejün	9	2	—	7	14:23	4:14
Bennstedt	10	1	1	8	9:33	3:17

Verhandlungen am 19. Dezember: 1. Einspruch Delitz a. B. Spiel 466. Nach § 29/30 ij wird der Einspruch abgelehnt. Cölme erhält die Punkte. Nach § 59 V erhält Cölme wegen Spielabbruch 10.— Mark Strafe. **2. Einspruch Delitz a. B.** Spiel 967. Nach § 14 wird das Spiel neu angesetzt. **3. Einspruch Ammendorf.** Nach eingehender Begründung werden die Strafen von den Spielern 242, 250, 2442 sowie Verbandsdelegierten annulliert. **4. Meldung Bezirk.** Spiel 492. Nach § 37 erhalten die Vereine Isdorf und Priester eine Verwarnung. **5. Meldung Dölnitz.** Eisdorf wird beauftragt die Angelegenheit zu klären. **6. Meldung Schiri Keller.** Spiel 963. Nach § 61 ij erhält Gen. Wachtel, Landshut, einen strengen Verweis. **7. Meldung Lettin.** Spiel 653. Schiri Wolf, Askania wird ermahnt. **8. Meldung Delitz.** Gen. Bührling, Cölme, erhält wegen Nichterscheinen zur Verhandlung 1.— Mark Strafe. **9. Meldung Schiri K. Ehrhardt, Lettin.** Spiel 140. Gen. Kurt Mennicke wegen Nichterscheinen zur Verhandlung 1.— Mark Strafe. **10. Meldung Schiri König, Sportbrüder. Spiel 28.** Gen. Kurt Mennicke, Brachwitz, erhält nach § 61 iii ein Vierteljahr Disqualifikation vom 19. 12. 1932 bis 12. 3. 1933. Des weiteren wegen Nichterscheinen zur Verhandlung werden mit je 1.— Mark die Genossen Kurt Mennicke, O. Luther und A. Sindenhahn, alle Brachwitz, in Strafe genommen.

J. A.: K. Wabbel.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 28. Dezember

6.15 Uhr: Funkgymnastik. 6.35—8.15 Uhr: Frühkonzert. 9.45 Uhr: Wetterdienst. 9.55 Uhr: Was die Zeitung bringt. 10.10 Uhr: Ferienstunde für die Kinder. 10.50 Uhr: Dienst der Hausfrau. 11 Uhr: Werbenachrichten 12 Uhr: Mittagskonzert. 14—14.30 Uhr: Erwerbslosenfunk. 15 Uhr: Achtung — Aufnahme! Besuch in der Filmstadt Neubabelsberg. 16 Uhr: Jugendkonzert. 16.40 Uhr: Bunte Stunde für die Jugend. 18.10 Uhr: Das gute Buch. 18.35 Uhr: Sprachenfunk. Italienisch. 18.55 Uhr: Wie geben Auskunft . . 19.05 Uhr: Die gegenwärtige Währungsfrage. 19.30 Uhr: Militärkonzert. Dazwischen 20 Uhr: Grenze im Osten. 21 Uhr: Walther von der Vogelweide 21.35 Uhr: Lieder und Gesänge mit Streichquartett. 22.35 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Wie wird das Wetter?

Mittwoch: Im Flachlande südliche, in der Höhe südwestliche Winde. Ziemlich trübes, dieses, zum Teil neblige Wetter, stellenweise Sprühregen, Temperaturen wenig verändert.

Donnerstag: Zunehmende Niederschlagsneigung

Pegelstand der Saale

Trotha	188	Fall 8
Bernburg	87	Fall 3
Calbe (oberh.)	145	Fall 2
Calbe (unterh.)	35	Fall 5

Pegelstand der Elbe

Torgau	—32	Fall 8
Roßlau	31	Fall 29

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0007

Die werktätige Frau

Gruß dem Schwesterorgan in Moskau

Brief einer Arbeiterin des Betriebes Lorenz, Berlin-Tempelhof, an die Moskauer „Rabotniza" anläßlich ihres zehnjährigen Jubiläums

Zum zehnjährigen Geburtstag der Frauenzeitung der russischen Arbeiterinnen, der „Rabotniza", wollen auch wir als Betriebsarbeiterinnen gratulieren.

Ihr, Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen der Sowjetunion, habt mitgeholfen, die Freiheit zu erkämpfen.

Die Aelteren von euch werden noch wissen, wie in der Zarenzeit die Arbeiterbewegung und ihre Presse unterdrückt war.

Hier in Deutschland lernt zwar fast jedes Kind in der Schule lesen, die Kapitalisten brauchten bisher gelöste Sklaven für ihre Maschinen, wenn aber die Arbeiterzeitungen die Wahrheit über die Lage der Arbeiterschaft schreiben, wenn sie den Arbeitern den Ausweg zeigen, dann gefährden sie den Staat, dann werden sie verboten.

In der deutschen Republik dürfen die Arbeiterzeitungen nur „die verfluchte Sklavensprache" sprechen. Aber trotzdem sagen unsere Zeitungen das, was zu sagen ist, tragen Aufklärung unter die Massen.

Die Arbeitsverhältnisse werden bei uns von Tag zu Tag schlechter. In unserem Betrieb, Lorenz, Berlin-Tempelhof, werden Radioapparate hergestellt. Die „Saison" dauerte früher etwa dreiviertel Jahre, heute jedoch nur noch zehn bis zwölf Wochen. Zu Beginn dieser Saison, gleich nach der Funkausstellung im September, stellte die Firma 800 neue Arbeitskräfte ein, noch vor Weihnachten wurden diese alle wieder entlassen.

Das Arbeitstempo wird ständig gesteigert, der Lohn wird immer geringer. 1930 verdienten wir noch durchschnittlich 36 Mark brutto. Jetzt betrug der „Verdienst" nur noch 28 Mark und die Abzüge sind natürlich in den zwei Jahren sehr viel größer geworden.

Uns werden folgende Abzüge gemacht:
1,94 Mark Krankenkassenbeiträge
0,75 Mark Invalidenversicherung
0,46 Mark Lohnsteuer
0,42 Mark Arbeitslosenhilfe (Beschäftigtensteuer)
und alle vier Wochen werden uns 1,12 Mark außerdem für die Bürgersteuer abgezogen. Die Hälfte der ledigen Arbeiterinnen sind schon heute nicht mehr in der Lage, sich warmes Mittagessen kaufen zu können. Sie laufen ein- bis eineinhalb Stunden zur Arbeit, um das Fahrgeld zu sparen. Durch das Hetztempo und mangelnder und fehlender Schutzvorrichtungen passieren viele Unfälle. An einer laufenden kleinen Spindel riß sich eine Kollegin ein Stück Kopfhaut, so groß wie ein Handteller aus dem Kopf, eine andere verbrühte sich mit Leim die Füße, erst dann wurden kleine Aenderungen am Wandertisch vorgenommen, die aber zur Unfallverhütung schon wochenlang vorher gefordert waren.

Leider ist unser Einfluß auf die freigewerkschaftlich organisierten Kollegen und Kolleginnen noch sehr schwach, wir müssen hier wirklich nachholen, was bisher von uns versäumt worden ist. Die Kolleginnen, die in den freien Gewerkschaften organisiert sind, müssen von uns überzeugt werden, daß sie sich der Opposition anschließen müssen. Die RGO. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) und der EVMB. werden die Kämpfe der Metallarbeiterinnen in den Betrieben führen, die freigewerkschaftlichen Verbände haben sich zu Streikbruchorganisationen entwickelt. Das müssen wir den Kolleginnen in den Betrieben zeigen.

Unsere Frauenzeitungen, „Die Arbeiterin" und die „Kämpferin", helfen den Arbeiterinnen beim Kampf in den Betrieben. Wenn sie die Mißstände in den Betrieben zur Sprache brachten, war schon manch ein Unternehmer Schutzvorrichtungen und Ventilatoren angeschafft. Die Kolleginnen lieben die „Arbeiterin", sie geht ihnen als Führerin voran.

Die Leserinnen der „Arbeiterin" und der „Kämpferin", die klassenbewußten Kolleginnen im Betrieb begrüßen die „Rabotniza".

Elend ist die Lage der Metallarbeiterinnen in Berlin, schwer ist der Kampf der Arbeiterschaft in den Betrieben.

Doch wir werden es schaffen!
Trotz Terror und Unterdrückung
Trotz Verrat der Reformisten
Trotz Faschismus
Vorwärts zum Sieg!

Eine Arbeiterin des Betriebes Lorenz-Tempelhof.

Das ist kapitalistische Wirtschaft:

14000 Milchkühe werden Schweinefutter

Durch die deutsche Grenzsperre mit Zöllen und Kontingenten ist die Ausfuhr von Vieh und Butter nach Deutschland so herabgedrückt, **daß zehntausende Stück Vieh überflüssig dastehen.** Das Vieh wird **vernichtet,** weil man auf keinen Fall die Preise senken will. Im „Berliner Tageblatt" vom 21. November steht in der Meldung darüber folgender ungeheuer Satz:

„Bereits innerhalb sechs Wochen sollen u. a. 14 000 Stück Milchkühe im Destruktor lediglich zu **Blut- und Tiermehl** verarbeitet werden, zur Bereitung von Schweinekraftfutter usw."

Um Milch und Butter nicht billiger werden zu lassen, **macht man 14 000 Milchkühe einfach zu Schweinefutter!** So überschlägt sich der Vernichtungswahn der kapitalistischen Profitwirtschaft!

Inzwischen sorgen SPD- und Naziregierungen in den verschiedenen deutschen Vaterländern auf ihre Art für weitere wucherische Steigerung der Fleischpreise. Es war eine der letzten Taten der Braun-Severing-Regierung, daß sie für Preußen die **Schlachtsteuer** verordnete und damit 100 Millionen Mark Steuern aus höheren Fleischpreisen herausholte. In den letzten Tagen haben nun nacheinander die **Naziregierungen in Mecklenburg, Oldenburg, Braunschweig und Anhalt** ebenfalls die Schlachtsteuer eingeführt. Damit steigen überall die **Fleischpreise durchschnittlich um 5 Pfennig das Pfund.** Das bedeutet noch geringeren Fleischumsatz und neuen Ueberschuß auf dem Viehmarkt. Eine Verelendungsmaßnahme treibt die andere. Das nennt man nationale Rettung.

Wir entnehmen diese für alle Arbeiterfrauen aufschlußreichen Aufzeichnungen der soeben erschienenen Broschüre: „Oeffnet die Speicher und Halden!" Jede Arbeiterin muß diese wichtige Broschüre lesen und verbreiten!

Winterhilfe: 1.80 Mark

Ich wurde von einem Glückstaumel erfaßt.

Man steht also doch in der schweren Zeit nicht einsam und verlassen da. Hunger und Frost sind hereingebrochen. Not im Hause. Man kann den Kindern keine Nahrung geben, man wird vom Gefühl erfaßt, daß keine Rettung mehr vorhanden ist, daß man elend zugrunde gehen muß.

Nun kommt die frohe Botschaft. Die Winterhilfe ist da. Mir steht die Welt offen. Ich brauche mir keinen Wunsch mehr zu versagen. Ich hatte das Glück — ich bin noch jetzt im Besitze dieses Glückes — Bürger eines sozialen Staates zu sein. An der Spitze dieses Staates befindet sich eine soziale Regierung. Eine Regierung, die meine Not versteht und nach dem Grundsatze handelt: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut . . ."

Mir ist die Winterhilfe zuteil geworden. 1,80 Mark. Will man die Größe dieser Summe erfassen, so muß man bedenken, daß sie aus 180 Pfennigen besteht.

Nun eile ich durch die Straßen der Stadt, um all die Möglichkeiten, die mir als dem Besitzer von 1,80 Mark zur Verfügung stehen, auszunutzen.

Wer die Wahl hat, hat die Qual. Was soll ich zuerst kaufen? Im Hause ist keine Kohle. Seit Wochen haben wir kein Fleisch gegessen. Keines meiner drei Kinder besitzt ein Paar Schuhe. Beim älteren Kindchen sind die Höschen ausgewetzt.

Ich bleibe vor dem ersten Schaufenster stehen. Ein Paar Kinderschuhe sind hier für vier Mark zu haben. Ein Glück, daß ich nur 1,80 Mark habe, sonst würden sich die anderen Kinder benachteiligt fühlen. Ein paar Höschen kosten 3 Mark. Hätte ich die 3 Mark, würden sich die anderen zwei Kinder benachteiligt fühlen.

Soll ich meiner Frau ein Paar Schuhe kaufen? Die sind schon für 6 Mark zu haben.

Nach zweistündiger Wanderung durch die Stadt kehre ich so reich wie zuvor, mit 180 Pfennig in der Tasche, nach Hause zurück.

Das bedeutet wahre soziale Hilfe. Keiner im Hause fühlt sich benachteiligt, kein Kind auf Kosten des anderen bevorzugt und der soziale Ausgleich ist da. Alle sind wir gleich daran, alle freuen wir uns, daß wir in einem sozialen Staat leben, der uns ausgiebige Winterhilfe zuteil werden läßt; wir besitzen noch immer 1,80 Mark, die uns für den Monat als Winterhilfe zugeteilt worden sind.

Leo.

Kinderbriefe 1932

(Gesammelt von einer Hortnerin)

„Ich komme wieder in die Ferienkolonie. Da kann ich alle Tage essen, soviel ich will. Und nie ohne Abendbrot schlafen gehen. Und morgens immer ein Frühstück. Da muß man nicht den ganzen Tag warten, bis die Mutter abends Geld bringt für den Kaufmann, denn wir kriegen nur noch, wenn wir bezahlen."
(Mädchen, 9 Jahre.)

„Ich bitte die Mutter schon immer, sie soll mit mir zum Doktor gehen. Ich kann ja oft gar nicht mehr sehen vor Kopfschmerz. Aber die Mutter sagt, der Doktor kann dir auch nicht helfen.
(Mädchen, 12 Jahre.)

„Der Rudi, der geht in die Versuchsschule. Der hat es gut. Der darf lernen und wird was Ordentliches werden. Aber ich muß immer arbeiten zu Hause und bleibe sitzen. Und wer nimmt einen in die Lehre, wenn man nichts gelernt hat? Es gibt so viele, die es besser können, die gefallen dem Meister besser."
(Junge, 11 Jahre.)

„Wie ich jetzt krank war und im Bett lag, hat mir die Lehrerin ein Bilderbuch gebracht mit schönen Geschichten. Und ich hab's lesen wollen. Aber bei uns ist es so finster, daß ich den ganzen Tag nichts gesehen habe. Erst wie ich wieder gesund war und auf den Gang gegangen bin, hab ich lesen können. Ich habe geheult, wie die Mutter gekommen ist. Die Mutter aber hat gesagt, wenn sie Geld hat, wird sie Petroleum für die Lampe kaufen. Aber sie hat kein Geld gehabt. Das ist nur wegen dem Loch, in dem wir wohnen."
(Junge, 9 Jahre.)

„Mein Dienstherr hat mich gefragt, was ich denn haben möchte. Und ich hab gesagt, wenn ich bitten darf, einen Mantel; denn mein alter Mantel ist ein Fetzen. Und ich bin den ganzen Winter ohne Mantel liefern gegangen. Aber oft war mir kalt. Ich hab dann schon gedacht, ich werde krank vor Kälte und muß sterben.
(Junge, 15 Jahre.)

Jahrhundert des Kindes? Diese kurzen Aufzeichnungen reden andere Tatsachen. Nur in einem Land, das sich von seinen Unterdrückern befreit hat, ist für alle Arbeiterkinder für eine sonnige, glückliche Jugend und arbeitsreiche Zukunft gesorgt! Seht nach der Sowjetunion und ihr habt hier den Beweis für die Fürsorge des Kindes seitens des Staates! Hier habt ihr ausreichenden Schutz für Mutter und Kind! Helft alle mit, uns ein solches Deutschland zu schaffen!

ECKE für proletarische Kinder!

Schreib uns einen Brief!

Jetzt ist Weihnachten, das „Fest der Liebe". Seit Wochen sprach der Lehrer schon viel von Liebe und Frieden, vom gegenseitigen Helfen. Allen Menschen soll es wohlergehen und alle sollen gleich sein.

Wie ist das nun eigentlich gekommen?

Das Weihnachtsfest ist vorbei. Jetzt kann man ja richtig sehen, ob alle Menschen gleich sind und ob sie sich gegenseitig geholfen haben.

Was meinst du dazu? Schreib uns einen Brief auf unsere Frage:

Wie hast du Weihnachten verlebt?

Wir wollen alles wissen. Ist dein neuer Mantel, den du Weihnachten bekommen hast, schön warm? Sind die Geschenke schön? Hat der Gänsebraten gut geschmeckt? Ist Muttern der Kuchen gut geraten?

Was sagst du? Wir wollen dich verkohlen?! Ihr habt nicht einmal eine warme Stube gehabt?

Also, los! Schreibe uns!

Wie hast du Weihnachten verlebt?

Wir haben 10 Bücher, die wir den 10 besten Briefschreibern schenken zum Lohn. Es sind 10 richtige, dicke Bücher.

Du mußt nur auf deinen Brief (nicht auf den Umschlag) deinen Namen, Adresse und Alter schreiben. Unsere Adresse, wohin du den Brief schicken mußt, ist: An die Kinderecke „Die Rote Fahne", Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28.

Also ran!

Es gibt 10 Bücher zu gewinnen!

telegramme

selm im ruhrgebiet stop hier stehen 400 kinder im schulstreik weil ihre schule nicht geheizt wird stop

werne im ruhrgebiet stop hier stehen 350 kinder im schulstreik stop

rünte im ruhrgebiet stop hier stehen 150 kinder im schulstreik stop

bruckdorf bei halle-merseburg stop hier war 2 tage lang schulstreik stop forderungen sind bewilligt worden stop

frankleben bei halle-merseburg stop schulstreik siegreich beendet stop

wegmar in thüringen stop schulstreik siegreich beendet stop

lurup bei hamburg stop wegen der schlechten und langen wege zur schule traten die kinder in den streik stop polizei verhaftete mehrere eltern stop streikfront unerschüttert stop kämpfen bis zum sieg stop

bretzenheim in hessen stop grosser schulstreik stop

Vergiß nicht den Brief zu schreiben!

Verantwortlich: Alfred Hendrich, Berlin

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0008

Verschärfter Kampf gegen den Arbeitsdienst!

„Wer will unter die Soldaten ..."

(Jungarbeiterkorrespondenz aus Bitterfeld)

Vorige Woche berichteten wir über das Arbeitsdienstpflichtlager der Grube „Marie" bei Bitterfeld. In diesem Lager ist militärische Drill zu Hause. Vor kurzem fragte eine Frau, was Jugendlichen dort machen. Ich erklärte, das würde ein Exerzier- für die Jugendlichen. Daraufhin sagte die Frau: „Das ist gut so, denn die Jugendlichen von heute haben ja auch keine zu arbeiten." Eine Antwort hat die Frau erhalten, daß sie schnell verdustete.

Wenn die Jugendlichen zum Mittagessen gehen, müssen sie in Reihen antreten und das Lied singen: „Wer will unter Soldaten..." u. a. Einem Teil der Jungarbeiter hängt Drill zum Halse heraus und zum Protest singen sie die „Internationale", das Kampflied der Arbeiterschaft.

Starke, der das Kommando über die Jugendlichen hat, ist auf Schule geschickt worden. Er soll noch mehr Instruktionen lernen zur Schikanierung der Jugendlichen. Auch hat man den Jugendlichen „Erbarmen". Man gibt ihnen jetzt Urlaub Dienstag dieser Woche bis zum 4. Januar. In der Zeit sollen sich etwas erholen. Von den paar Hungerpfennigen können sie aber nicht erholen.

Jungarbeiter, schließt euch zusammen und organisiert euch im Kommunistischen Jugendverband.

Wählt eine Kampfleitung aus eurer Mitte und verwahrt euch dagegen, daß man euch die alten Schlachtenbummlerlieder eindrillt.

Arbeitsdienst für den Michel-Konzern

Ein Arbeitgeber, der den Profit des Arbeitsdienstlagers Neumark einsteckt, ist die Gemeinde Neumark bzw. der Michel-Konzern. Die Arbeitsdienstler müssen Wegedauarbeiten verrichten. Die Arbeit wird geleitet von einem Steiger der Grube „Leonhardt".

Was gerade mit diesem Arbeitsdienstlager bzw. mit dem Wegebau bezweckt wird, wollen wir einmal näher beleuchten: Der Briketverbrauch der Umgebung von Neumark fällt nicht unter die gesamte Produktionsmenge der monopolisierten Brikettfabriken, daher hat jede einzelne Gruppe besonderes Interesse an möglichst hohem Lokaladsatz. Der zu bauende Weg wird von der Grube „Leonhardt" nach Schadendorf hergerichtet. Die Bauern von Schadendorf, Nieder-Clobikau, Krakau, Burgstaden, Münschendorf, Markt usw. beziehen bis jetzt ihre Briketts von der Grube „Freiheit" bei Mücheln. Durch den neuen Weg nach Schadendorf will die Grube „Leonhardt" ihren Lokaladsatz zu steigern, indem sie die Bauern den jetzt neu befestigten, kürzeren Weg bevorzugen.

Was ist der Sinn des „freiwilligen Arbeitsdienstes"? Statt „für den Staat", „für das Volksganze" oder wie sonst die schönen Argumente alle lauten, zu arbeiten, wird der freiwillige Arbeitsdienst nur für die Interessen des Schwerkapitals eingesetzt, in diesem Falle für den Michel-Konzern.

Jungarbeiter! Durchschaut diese Manöver! Ihr werdet ausgebeutet bis aufs letzte, aus euren Knochen schinden sich die Pelniger Profite. Macht Schluß mit diesem System! Kämpft mit der Kommunistischen Partei und dem Kommunistischen Jugendverband gegen jede Art Arbeitsdienst, für Arbeit zu Tariflöhnen, für Brot, Freiheit und Sozialismus!

Wie uns die Krautjunker ausbeuten

(Landarbeiterinnen-Korrespondenz aus Eisleben)

Wir Landarbeiterinnen müssen von morgens 6 bis abends arbeiten. Dazwischen ist von 11 bis 1 Uhr Mittagspause; Frühstücks- und Vesperpause gibt es nicht. Ich verdiene 21 Pfennig die Stunde, bekomme also einen Wochenlohn von 9,87 Mark ausgezahlt. Erwerbslosenversicherung wird mir auch abgezogen, aber weil ich von meiner Arbeitsstelle entlassen werde, bekomme ich Erwerbslosenunterstützung, weil ich verheiratet bin. Landarbeiterinnen, die täglich 5 Pfund Kartoffeln und 2 Pfund Getreide Deputat erhalten, bekommen nur 17 Pfennig Stundenlohn.

Wir mit diesen paar Groschen auskommen können, das sagen uns unsere Ausbeuter nicht. Es ist in unserer Wirtschaft an allen Ecken und Enden.

Abends, wenn ich müde von der Arbeit komme, muß ich noch Haushalt besorgen, und dann sitze ich oft bis in die späte Nacht hinein um die zerrissenen Sachen zu flicken und zu stopfen, denn vom bißchen Geld können wir uns doch nichts Neues anschaffen. Die Ausbeuter wissen wohl, warum sie uns so lange arbeiten lassen. Sie wollen verhindern, daß wir abends noch die Zeitung oder gar eine aufklärende proletarische Broschüre lesen. Stumpf und gleichgültig, wie die Tiere, sollen wir leben, so wie sie es haben. Aber die Herren verrechnen sich! Landarbeiterinnen haben längst erkannt, wo wir hingehören. Wir organisieren uns in der roten Einheitsfront zum Kampfe gegen alle Unterdrückung, für Arbeit, Brot und Freiheit.

Wir lesen die revolutionäre Presse, den „Klassenkampf".

Im Kampf um die dritte Generation

(Jungarbeiterkorrespondenz aus Gräfenhainichen)

Noch die vom Kapitalismus heraufbeschworene wirtschaftliche Not der Arbeiter und Werktätigen haben die Kinder, die Generation der Zukunft", am schwersten zu leiden. Deshalb muß sich ändern durch die ältere Arbeiterschaft das größte Augenmerk sein. Und die größte Unterstützung an ihrer Kampffront zuteil werden.

Beinahe zehn Wochen lang haben die Vertreter der hiesigen Erwerbslosen Verhandlungen mit den behördlichen Instanzen geführt und gekämpft um die Einführung der Schulpeisung. Endlich ist es gelungen, allerdings nur durch die Solidarität der Öffentlichkeit.

Es ist während der großen Schulpause werden durchschnittlich 200 Portionen warmes Mittagessen an die bedürftigsten Kinder unentgeltlich verabfolgt. Von Tag zu Tag vergrößert sich die Zahl. Ein Beweis dafür, wie groß die Not und Bedürftigkeit der Kinder ist.

Es muß es nun Aufgabe aller sein, dieses geschaffene Solidarwerk im Interesse der Kinder recht lange zu erhalten. Der Lehrer haben natürlich noch nicht das notwendige Verständnis für diese Einrichtung, denn wenn Kinder vom Essen verspätet ins Schulzimmer zurückkommen, so soll es vorkommen sein, daß ihnen Prügel und Strafarbeit verabreicht

Derartige Maßnahmen sind aufs schärfste zu verurteilen und der Erwerbslosenausschuß wird gemeinsam mit der Elternschaft alles tun, um die geeigneten Mittel finden, um gegen die betreffenden Lehrer vorzugehen.

„Freiwilliger" Arbeitsdienst in der Praxis

Prügel und ewige Sparkasse im Arbeitsdienstlager im Mansfelder Hungerland

(Jungarbeiterkorrespondenz)

Unerhörte Zustände herrschen in dem unter starkem faschistischem Einfluß stehenden Arbeitsdienstlager Ober- und Unterröblingen. Diese zum Himmel stinkenden Mißstände waren der Grund, daß in der vergangenen Woche eine wahre Massenflucht der Jungarbeiter aus diesem Lager einsetzte und dasselbe von 40 auf 12 (!) Mann „Besatzung" gesunken ist. Einige der Mißstände der letzten Zeit seien hier aufgezeigt, um die Jungarbeitermassen, die zum Teil noch befangen sind von der Ideologie des „freiwilligen" Arbeitsdienstes, aufmerksam zu machen auf diese „Erziehungsstätte deutscher Kultur".

Der anscheinend „echten Preußengeist" in sich tragende Führer dieses Lagers verprügelte in der vergangenen Woche einen der Jungarbeiter höchst „freiwillig" durch. Unter den politisch nichtorganisierten Jungarbeitern brach sofort ein ungeheurer Proteststurm aus, der in Tätlichkeiten gegen den „Führer" auszuarten drohte.

Was aber bedeutungsvoll und eine ernste Mahnung an den dortigen Kommunistischen Jugendverband zur verstärkten Arbeit unter den jungen Arbeitsdienstlern ist, das ist die Tatsache, daß sich ein Teil der Jungarbeiter, die im Werwolf, Stahlhelm usw. organisiert sind, hinter den Prügelhelden stellten und so ganz offen die Früchte ihrer faschistischen Erziehung kundgaben.

Der Leiter des Arbeitsdienstlagers hatte schon vorher versucht, eine Reihe von Jungarbeitern politisch zu korrumpieren, um diese gelegentlich gegen die anderen auspielen zu können. Bier und Zigaretten waren ihm billige Mittel dazu.

Um den festgesetzten Lohn von täglich 1,80 Mark werden die Jugendlichen ebenfalls auf raffinierte Art und Weise geprellt. An Abzügen gehen ab: 25 Pfennig für Kleidung, 1,25 Mark werden „gespart", und die restlichen 30 Pfennig verbleiben als „Taschengeld".

Bei 20wöchiger Arbeitsdauer sollen die Jungarbeiter die Hälfte und bei 42wöchiger Arbeitsdauer den ganzen Betrag des „gesparten" Geldes ausgezahlt bekommen. Da bei diesen Zuständen fast keiner so lange aushält, bleibt das Geld eben auf Ewigkeit „gespart",

allerdings nicht für die Jungarbeiter, sondern für die, die diese Ausbeutungsbestimmungen schufen.

Die Bestimmungen sagen, daß die Kleidung der Jungarbeiter, also Stiefeln, Drillichanzug und Arbeitsanzug Eigentum derselben bleiben, wenn sie das Lager verlassen. In der Praxis sah das so aus, daß die Jugendlichen, die das Lager verließen, zurückgeholt und ihnen die Sachen abgefordert wurden. Empörtharüber, nahmen einige Jungarbeiter die Klamotten und schnitten sie vor den Augen der Ausbeuterlakaien in Stücke.

Die Jungkommunisten von Unterröblingen müssen ihre Aktivität noch mehr steigern. Sie müssen versuchen, auch die Jungarbeiter für uns zu gewinnen, die bisher auf Grund ihrer faschistischen Erziehung gegen uns, gegen ihre eigene Klasse standen. Auch sie müssen einsehen lernen, daß nur der Sozialismus der werktätigen Jugend Arbeit, Freiheit und Brot geben kann.

Amnestierte geloben zu kämpfen für Vollamnestie

Eine Aufnahme von der Freitags-Veranstaltung im „Volkspark" in Halle, anläßlich der Freilassung proletarischer Gefangener nach der Teilamnestie. Jetzt gilt es mit verstärkter Kraft für die Vollamnestie zu kämpfen und mit gesteigerter Aktivität zu sammeln für die Rote Hilfe. Werdet Mitglied der RHD!

Arbeitsdienstler formiert die rote Einheit

In keinem Arbeitsdienstlager werden wohl die Jungarbeiter so ausgebeutet wie in Torgau an der Elbe. Eine besondere Blüte des heutigen Ausbeutersystems ist der Vorarbeiter Kensler. Er schikaniert die Jungarbeiter nach allen Regeln der Kunst. Ein Jungarbeiter wollte einen Krankenbesuch abstatten und mußte mit einem bestimmten Zuge wegfahren. Deswegen wollte er sich zwei Stunden von der Arbeit freigeben lassen. Dies wurde ihm glattweg verweigert, obwohl der Kollege die Stunden nicht bezahlt haben wollte. Dieser Vorarbeiter Kensler ist ein schlimmer Antreiber. Alles geht ihm nicht schnell genug. Ein Jungarbeiter, der schwerhörig ist und einem „Befehl" nicht nachkam, weil er entfernt gestanden und nichts gehört hatte, wurde angeschnauzt: „Wenn er die Arbeit nicht machen wolle, dann könne er gehen."

Wenn das Feldbahngleis transportiert werden muß, so wird es nicht auseinandergenommen. Also 10 bis 15 Jungarbeiter müssen 30 bis 35 Meter Gleis schleppen. Das ist eine starke Zumutung. Wenn hier etwas passiert, bekommen wir ja noch nicht einmal Krankengeld, und ob wir bei der Unfallversicherung gemeldet sind, das ist auch noch eine Frage.

Die Baubude ist ein Skandal für sich. An allen Ecken und Enden regnet es herein. Abhilfe wird nicht geschaffen. Unsere Fahrräder stehen ohne Aufsicht an einem öffentlichen Wege neben der Baubude und sind Wind und Wetter ausgesetzt. Es ist schon vorgekommen, daß Lampen von den Rädern gestohlen worden sind. Die Baubude ist so klein, daß wir uns kaum drin umdrehen können; wir können also die Räder nicht hineinstellen. Der Abort spottet jeder Beschreibung. Man wagt sich gar nicht draufzusetzen, um sich nicht irgendeine Krankheit zu holen. Hier kommt aber die Gesundheitspolizei nicht her,

Jungarbeiter! Wie lange noch wollt ihr diese Schikanierungen ruhig hinnehmen? Kämpft mit uns gegen jede Arbeitsdienstpflicht, für Arbeit zu höheren Löhnen. Darum reiht euch ein in den KJVD, kämpft mit uns für ein freies sozialistisches Deutschland!

Letzte Kurzmeldungen

Bitterfeld. Lastkraftwagen vom Zuge erfaßt. Der Frühzug von Bitterfeld nach Stumsdorf stieß an einem unbewachten Bahnübergang an der Leipziger Landstraße mit einem Chemnitzer Lastauto zusammen. Der Wagen wurde von der Lokomotive auf die Schienen geworfen, wobei ein Teil der Ladung, Garnspulen, verstreut wurde. Der Verkehr auf der Strecke wurde auf zwei Stunden lahmgelegt.

Eckartsberga. Eine Frau als Lebensretter. Auf dem dünnen Eis des hiesigen Teiches brach ein vierjähriger Junge ein. Drei junge Leute, die in der Nähe standen, unternahmen keine Schritte, den Kleinen aus dem Wasser zu holen. Dagegen sprang eine junge Frau, die das Schreien des Kindes gehört hatte, in den Teich und brachte den Jungen wieder aufs Trockene.

Schkeuditz. Opfer einer alten Unsitte. Auf der Straße Großkugel—Schkeuditz hängte sich ein Radfahrer an ein Lastauto. Bei dem herrschenden starken Nebel wurde er von einem überholenden Personenwagen angefahren und schwer verletzt. Das Fahrrad ging in Trümmer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0009

AUS DEM BEZIRK

Dienstag, den 27. Dezember 1932.

Ein Fleischermeister, der auf Arbeiterkundschaft verzichtet

A.-K. Bitterfeld. Der Fleischermeister Sernau ist der Bitterfelder Arbeiterschaft zur Genüge bekannt, der auf jedem Jahrmarkt, bei allen Schützenfesten den werktätigen Schichten seine Würstchen anpreist. Derselbe war jahrelang Vorsitzender der Fleischerinnung in Bitterfeld. Wir sind heute in der Lage, folgendes über den schwarzweißroten Fleischermeister zu veröffentlichen:

Die Fleischerinnung in Bitterfeld hat Äcker zu verpachten, wofür sie auch den Pachtzins einzieht. Dies liegt gewöhnlich in den Händen des Vorsitzenden der Fleischerinnung. Die Pächter sind meistens kleine Fuhrleute, die von ihrem Geschäft allein nicht leben können. So auch der Fuhrmann Br., der 100 M. Pachtzins Ende des Jahres bezahlen sollte. Br. wollte aber schon im Monat Juli den Zins los werden, und bot dafür dem Obermeister ein fettes Schwein von 3½ Zentner an. Dies lehnte jedoch Sernau ab mit der Begründung: Ich brauche kein Schwein! Also, er verharrte auf das Geld. Jetzt nun, wo der Pacht zu zahlen ist, schickt Sernau dem Fuhrmann den Gerichtsvollzieher auf den Hals

und will für die Pachtzinsen drei Schweine im Gewicht von je 1½ Zentner pfänden lassen, ohne vorher eine Mahnung an Br. zu schicken.

Da nun Sernau nicht mehr Vorsitzender der Fleischerinnung ist, erkundigt sich der Betreffende beim Fleischermeister Schmidt, Burgstraße. Hier wurde festgestellt, daß Sernau ohne Wissen der Innung den Preis für den Pacht von 100 auf 120 M. festgesetzt hatte.

Nach eingehender Erkundigung und Regelung durch den Fleischermeister Schmidt blieb es jedoch beim alten Satz.

Vor kurzer Zeit waren einige Frauen im Geschäft des Fleischermeisters Sernau und wollten Einkäufe tätigen. Da wurde das Gespräch geführt über die schlechte Lage der Erwerbslosen usw. Da sagt auf einmal Frau Sernau: **„Wir Frauen sind uns alle einig, wir wissen, wie es ist. Aber wir wissen auch, daß die Arbeitslosen nicht arbeiten wollen. Die werden noch so zahm, daß sie uns aus der Hand fressen."**

Die Arbeiterschaft sagt jenen aber heute schon, daß sie es nicht notwendig hat, aus deren Hand zu fressen. Sie weiß, daß sie sich ihren Lebensunterhalt erkämpfen muß.

Arbeitslose und Hausfrauen von Bitterfeld, euch ist zur Genüge bekannt, daß es bei uns noch mehr Fleischermeister gibt, Zeigt, daß ihr nicht gewillt seid, aus der Hand zu fressen, sondern bereit seid, zu kämpfen für eure Forderungen, bereit zu kämpfen für ein sozialistisches Deutschland.

Delitzsch-Torgau

Und das ist dann Winterhilfe!

A.-K. Eilenburg. Die Winterhilfe des Eilenburger Magistrats entpuppt sich immer mehr als eine freche Verhöhnung der Wohlfahrtserwerbslosen. Die Empörung ist vor allem groß über die Austeilung von Gutscheinen auf einen halben Liter Petroleum oder 1 Pfund Reis bzw. Erbsen. Die Vorsteher sollen diese Scheine laut einer schriftlichen Anweisung des SPD-Stadtrates Burkhardt nur an besonders hilfsbedürftige Familien abgeben.

U. a. wird uns bekannt, daß bei 70—100 Unterstützungsempfängern ganze 3—5 Scheine auf einen halben Liter Petroleum oder 5—8 Scheine auf je ein Pfund Reis oder Erbsen zur Verteilung kommen. Eine große Lächerlichkeit unter den Erwerbslosen liefen die Gratiskohlenscheine aus, die einen Wert von 13 Pfennig haben, die in Anrechnung kommen, wenn man einen Zentner Kohlen, der 1—1.10 Mark kostet.

„Was nützen mir wohl dann die 13 Pfennig", erklärt ganz entrüstet eine Frau, die 5 Kinder hat, „die können uns wirklich nicht vor dem Hunger und Frost retten."

Im weiteren wurden die Vorsteher angewiesen, strenge Kontrolle bei den Wohlfahrtserwerbslosen durchzuführen. Wer nicht stempeln war, soll keine Unterstützung erhalten. Nach dem Schuhwerk wird nicht gefragt. Mögen die Proleten ruhig krank werden, mögen sie auf den Friedhof auswandern! Das spielt für diese Leute keine Rolle, wenn nur diese gottgewollte Gesellschaftsordnung nicht aus den Latschen kippt. Das ist ihre einzige Sorge.

Wie lange noch, Proleten, wollt ihr euch diese Zustände gefallen lassen? Eure Klassenkraft hat alle Voraussetzungen, diese unerträglichen Verhältnisse zu beseitigen. Her mit den Kohlen, her mit dem Holz, her mit dem Brot für die Hungernden und Frierenden.

Bald erhaltet ihr gar nichts mehr...

A.-K. Mühlbeck. Der hiesige SPD-Gemeindevorsteher und Renegat kann sich rühmen, bei der Durchführung von Notverordnungsmaßnahmen die erste Stelle einzunehmen. Der letzte Akt seiner Schandtat darf also nicht ohne Echo verschallen. So übergab er den Hausbesitzern, die Wohlfahrtsunterstützung beziehen, ein Schreiben mit dem Hinweis, daß bei der nächsten Auszahlung der Richtsatz um weitere 5.— Mark gekürzt wird. Das rief natürlich eine **große Empörung** hervor, zumal es in den Wintermonaten geschieht. Die einzelnen Besitzer, darunter auch KPD-Arbeiter, wurden vorstellig, machten ihn auf seine erbärmliche Rolle aufmerksam und forderten die sofortige Aufhebung dieser Bestimmung.

Doch die Proleten fertigte er mit leeren Ausreden und Versprechungen auf den nächsten Tag ab. Am anderen Tag erklärte er den nochmals Erschienenen, die Maßnahme für unabänderlich und gebrauchte dabei folgende Aussprüche: **„Seid froh, daß ihr überhaupt noch etwas bekommt. Es kommt noch soweit, daß ihr gar nichts mehr erhaltet"**

Die Beteiligten gaben ihm die richtige Antwort. Die Proleten forderten dann sofort die Einberufung einer öffentlichen Gemeindevertreterfitzung und Herbeiführung eines Beschlusses. Doch auch hier versucht der Vorsteher, diese Angelegenheit zu verschleppen.

Erwerbslose, kämpft geschlossen gegen diese Willkürmaßnahmen und zieht daraus eure Lehren zu den nächsten stattfindenden Gemeindewahlen. Hinweg mit solchen kapitalistischen Handlangern! Kämpft für eine Regierung der Arbeiter und Bauern.

Wittenberg. Zugunfall durch Nebel. Auf dem hiesigen Bahnhof fuhr im Nebel eine Rangierlokomotive auf einen Güterwagen auf. Das Berliner Ferngleis war dadurch für einige Zeit gesperrt.

Kein Geld für Speisung hungriger Kinder

SPD-Arbeit in Zangenberg — Gemeindemittel für die Turnhalle — aber nur für die eigenen Organisationen ' Für den Nachtwächter 9.— Mark Wochenlohn

A.-K. Zangenberg. Es ist zu verstehen, daß die sozialdemokratische Presse über den Verlauf der letzten Gemeindevertretersitzung in ein wahres Wutgeheul ausgebrochen ist. Die sozialdemokratischen Arbeiter und die Anhänger der SPD haben wieder einmal feststellen können, wie und in welcher Weise die SPD-Vertreter die Interessen der Werktätigen mit Füßen treten.

Genosse Voigt kennzeichnete vor allem das Verhalten des Gemeindevorstehers Köhler, der es ablehnte, schon im Oktober eine Sitzung einzuberufen, um zu den Forderungen für die Unterstützung der Erwerbslosen Stellung zu nehmen. Für die Erörterung solcher Fragen hat die Sozialdemokratie niemals Zeit übrig. Es wurde nun in der Sitzung beschlossen, die Glücksspielapparate in den Wirtschaften monatlich mit 30.— Mark zu besteuern. Die SPD-Fraktion beantragte, die Steuerhebegebühren dem Gemeindekassierer zu überweisen.

Die Kommunisten beantragten, daß diese Gebühren für Schulspeisungen verwandt werden sollten.

Die Sozialdemokraten aber stimmten dafür, daß ihr Genosse, der jährlich 650 Mark bekommt, auch noch die Hebegebühren erhält.

Ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion forderte, daß aus Gemeindemitteln 100 Mark für den Bau einer Turnhalle des Turnerbundes bewilligt werden sollen. Auch hierbei wurde von unseren Genossen die Frage der Kinderspeisung aufgeworfen, wobei Vertreter der SPD-Fraktion erklärten, daß Kinderspeisungen nicht in Frage kämen, da dafür kein Geld vorhanden ist. Die KPD-Fraktion gab nunmehr folgende Erklärung ab:

„Wir stimmen für die 100 Mark, wenn die Turnhalle gleichzeitig für Rot Sport und für die KPD als Versammlungsraum zur Verfügung gestellt wird."

Das ist eine Forderung, die jeder Arbeiter unterstreichen wird. Wenn schon mit Gemeindemitteln eine Turnhalle gebaut wird, dann muß sie auch anderen Organisationen zur Verfügung stehen können. Die SPD-Vertreter lehnten aber dieses Zugeständnis ab und mit ihren Stimmen wurde dann die Bereitstellung der 100.— Mark beschlossen. Trotz alledem aber wagen die großen Geister in der SPD-Presse aus diesem Anlaß eine geradezu widerliche Hetze zu entfalten, wobei sie die wirklichen Tatsachen auf den Kopf zu stellen versuchen.

Anschließend wurde noch Stellung genommen zu der Entlassung des Nachtwächters. Bei ganzen 9.— Mark Wochenlohn ohne irgend ein zusätzliches Einkommen und 18.— Mark Miete monatlich, ist dieser Prolet natürlich dem Hunger ausgesetzt. Die KPD-Fraktion forderte tarifmäßige Bezahlung, aber auch hier zeigten die Sozialdemokraten ihr wahres Gesicht.

Frenzel (SPD) besaß sogar die Frechheit, die Proleten zu verhöhnen, indem er erklärte, mit 9.— Mark in der Woche kann ein Nachtwächter gut leben.

Sie mögen ruhig weiter toben. Die Werktätigen von Zangenberg haben wieder einmal Erfahrungen gesammelt. Auch die SPD- und Reichsbannerarbeiter werden feststellen müssen, daß die von ihren Führern betriebene Politik in immer weiteres Elend führt, daß nur der gemeinsame Kampf mit den Kommunisten, die Herstellung der roten Einheitsfront, den Weg zum Sozialismus führen kann.

An der Genossenschaftsfront vorstoßen!

Von der eigenen Pleite will die SPD-Bürokratie nichts wissen — Kapitalistische Ausbeutungsmethoden im Konsum

A.-K. Hohenmölsen. Am 11. d. M. fand die Vertreterversammlung des Konsumvereins Teuchern-Hohenmölsen statt. Bevor der Geschäftsführer den Bericht gab, wollte er einige Artikel des „Klassenkampf" kritisieren, deren Inhalt ihm nicht gefallen hatte. Einer dieser Artikel, in dem auch die Person des Geschäftsführers genannt wurde, sollte nicht ganz der Wahrheit entsprechen. Um diese Tatsachen abzuschwächen, wurde dann das alte Steckenpferd geritten: Die Lage der oppositionellen Konsumvereine. Halle und Merseburg wurden noch einmal aufgetischt. Davon schien der sozialdemokratische Geschäftsführer aber nichts zu wissen,

daß Dutzende von unter SPD-Führung stehenden Konsumgenossenschaften zusammengebrochen sind, daß sie die Zahlungen einstellen mußten, und daß Hunderte von Konsumvereinen sich nur deshalb mühsam halten konnten, weil die Genossenschaftsinstanzen große Millionenkredite vom Staat erhalten haben.

Wenn Hohenmölsen sich in einer besseren Lage befindet, so nur deshalb, weil hier die Rationalisierungsmaßnahmen oder besser gesagt die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden gegenüber den Angestellten in der schrankenlosesten Form durchgeführt worden sind.

Der Umsatz ist mächtig zurückgegangen! Der Geschäftsbericht sagt dazu, daß dies eine Folge der Wirtschaftslage sei. Dieser Umsatzrückgang, so wurde behauptet, könne dem Konsum nichts anhaben, dieser stehe zu fest. In Wirklichkeit ist es wohl so, daß die von der SPD und Gewerkschaftsbürokratie gutgeheißene und geförderte Kürzung aller Löhne, Gehälter und Unterstützungen am stärksten dazu beigetragen haben wird. Es ist selbstverständlich, daß, wenn ein so großer Teil der Bevölkerung nur auf die kärglichen Unterstützungspfennige angewiesen ist, der Umsatz zurückgehen muß.

Die Entlastung des Vorstandes erfolgte gegen die Stimmen der kommunistischen Vertreter, da diese nicht im Aufsichtsrat vertreten sind und deshalb auch nicht wissen können, was hinter den Kulissen gespielt wird. Auf einen Antrag hin, sollen die Erwerbslosen und Invaliden auch in diesem Jahre aus dem Ueberschuß eine kleine Unterstützung erhalten.

Unter „Verschiedenes" wurde noch einmal der Fall der Verkäuferin Paher besprochen. Diese wurde, nachdem sie aus dem Wochenbett heraus war, von Teuchern nach Naundorf versetzt und eine andere Verkäuferin von Naundorf nach Teuchern.

Täglich mußte diese Verkäuferin nunmehr über Mittag ihrem Kinde 4 Kilometer weit entgegenlaufen, um es zu stillen, das ihre Eltern ihr entgegengebracht hatten.

Zweifellos handelt es sich hier nur um eine Schikane gegenüber der Verkäuferin, die auf diese Weise wohl aus ihrer Stellung entfernt werden sollte. Das ist kennzeichnend für die SPD-Bürokratie, die heute im Konsumverein Hohenmölsen regieren darf. Da sprechen sie immer, daß der Konsumverein ein Stück Sozialismus wäre. Sie sollten einmal in der Sowjetunion feststellen, in welcher Weise Mutter und Kind gerade von den Betrieben aus geschützt werden. Nun, sie haben ja auch im übrigen bewiesen, daß der so gepredigte „Sozialismus" nur ein Massenbeitrag darstellt, und daß ihre ganze Tätigkeit dahin gerichtet ist, kapitalistische Profite herauszuschinden.

Außerdem ist auch in Hohenmölsen eine Verkäuferin, Frl. Schneider, entlassen angeblich wegen Rückständigkeit und Beamtenbeleidigung, in Wahrheit aber deshalb,

weil sie das Vorstandsmitglied Haertel um Bezahlung der Schulden gemahnt hat.

Bei der Aussprache über diesen Fall glaubte der sozialdemokratische Baltikumkämpfer, der Lagerhalter Maasch, besonders dick auftragen zu können. Wir werden auf diesen Fall noch besonders eingehen. Es kommt wohl nicht von ungefähr, daß schon in diesem Jahr 234 Mitglieder freiwillig ausgeschieden sind. Das Treiben des Maasch in Beschimpfung kommunistischer Genossenschaftsmitglieder hat mit am stärksten dazu beigetragen. Es ist die höchste Zeit, daß die Mitgliedschaft sich gegen diese Gesellschaft auf das entschiedenste zur Wehr setzt. Organisiert Opposition in allen Verteilungsstellen. Die Konsumvereine müssen Organe des Klassenkampfes werden.

3. Quittung über Spenden für die Winterhilfe der RHD

Folgende Beträge wurden überwiesen:

Wittenberg	70.— M.	Hettstedt	7.— „
Großlehna	4.02 „	Gräfenhainichen	30.— „
Zeckritz	6.60 „	Sangerhausen	7.— „
Holzweißig	21.— „	Landsberg	44.58 „
Alsleben	1.50 „	Bitterfeld	20.95 „
Eilenburg	5.50 „	Weißenfels	60.80 „
Elsterwerda	133.50 „	—, Radfahrver.in Ammendorf	4.20 „
Ammendorf, Erwerbslosenausschuß	5.— „	Ammendorf	40.— „
Halle-Süden	59.71 „	Merseburg	24.98 „
Annaburg	15.— „	Frankleben	16.44 „
Könnern	21.50 „	Plötzen	25.— „
Schkeuditz	6.20 „	Wettin	5.30 „
Ammendorf, Internat. Bund	5.— „	Halle-Flugplatz Halle-Süd, Rote Schmiede	1.— „
Draschwitz	10.75 „	Merseburg, Arbeiter-Konsumverein	2.43 „
Osmünde	50.72 „	Gerbstedt, Freie Sportvereinigung	20.— „
—, Kampfbund	3.64 „	Gerbstedt	5.90 „
—, Unbekannt	10.— „	Belgern	41.80 „
Halle-Westen	20.58 „	Oebles-Schlechtewitz	9.42 „
Halle-Nord., Pion.	13.25 „	Freitoda	3.75 „
Halle-Norden	37.40 „	Zeitz	29.20 „
Glesien	21.90 „	Torgau	30.46 „
Lützen	16.05 „	Dölau	15.45 „
Brücken	20.— „	Neumark	9.60 „
Krostitz	66.15 „	Bockwitz, Fr. Turner	14.36 „
Delitzsch	31.30 „	Nordhausen	3.25 „
Köthschen-B.	63.20 „	Halle-Südwest, Kampfbund	7.50 „
Richtewitz	7.30 „	Artern	12.60 „
Teuchern	2.85 „	Ramsin	9.65 „
Kelbra	2.10 „	Lebendorf	9.05 „
Sandersdorf	1.20 „		4.50 „
Könnern	23.30 „		
Deuben	12.82 „		
Schladitz	20.— „		

Außerdem wurden Lebensmittel und Kleidungsstücke von folgenden Orten abgeliefert:

Konsumverein Belgern, Konsumverein Bad Dürrenberg, Konsumverein Seeben, Konsumverein Wittenberg, Konsumverein Halle, Eilenburg, Annaburg, Schkeuditz, Hohenmölsen, Halle-Flugplatz, Halle-Süden, Halle-Südwesten, Halle-Westen, Halle-Zentrum, Seeben, Ammendorf, Wittenberg, Kötzschen-Beuna, Sennewitz, Landsberg, Schkeuditz, Merseburg, Altranstädt, Halle-Norden, Wettin, Brehna, Arbeiter-Konsumverein Zörbig, Osmünde, Freiroda, Torgau, Dölau, Wöllberg, Weißenfels, Bad Lauchstädt, Dieskau, Arbeiter-Konsumverein Dieskau, Artern, Sangerhausen, Pieskerig, Bottendorf, Delitzsch, Gerbstedt, Teuchern, Mühlberg, Querfurt, Dölau, Zeitz, Lettin, Holleben, Delitzsch, Frankleben, Sandersdorf, Glesien, Teuditz, Roitzsch.

Sammelt unermüdlich weiter für die Winterhilfe der RHD!

Mansfelder Kreise

Ihr letztes Hab und Gut geraubt

A.-K. Polleben. In der Nacht des 19. Dezember wurde einer 73jährigen Witfrau sämtliche acht Kaninchen gestohlen. Der Fall ist um so bedauerlicher, da die alte Frau gezwungen ist, auf Grund des verruchten Systems ihren Lebensunterhalt durch schwere Handearbeit zu fristen.

Man wird hier annehmen müssen, daß es sich in diesem Fall um weniger klassenbewußte Elemente handelt. Wir sind davon überzeugt, daß sich ein klassenbewußter Arbeiter nicht dazu herläßt, seinen eigenen Leidensgenossen zu bemausen.

Darüber hinaus muß sich doch jeder Hungrige sagen, daß durch derartige

individuelle Aktionen der breiten Masse niemals geholfen werden kann.

Nur die breiteste Massenmobilisierung für die Antifaschistische Aktion wird Hunger und Elend beseitigen.

Diese „Erziehungsmethoden" müssen geändert werden!

A.-K. Gerbstedt. Erneut erhalten wir die Mitteilung, daß der Schule, die aller Beschreibung spottet. Einige Lehrer machen handeln die Kinder auf die schlimmste Art und Weise. Wir müssen die Kinder zu hören bekommen, welche man sich als Erwachsener nicht auszusprechen getraut. Sollten diese Erziehungsmethoden nicht baldigst abgeschafft werden, sind wir gezwungen, näher auf diese Einzelheiten einzugehen, bei der wir auch die Namen der Lehrer veröffentlichen werden. Schon jetzt ist es Aufgabe der proletarischen Elternbeiräte, sich etwas näher mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Alle Kinder der proletarischen Eltern organisieren sich deshalb bei den roten Jungpionieren.

Verantwortlich: Franz Lieb, Halle a. d. S. für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321227-18/fragment/page=0010